

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 304 A

BERLIN • Dienstag, den 24. Januar 1933

2. JAHRGANG

Bilanz der Nazi-Provokation: Schafft endlich die geschlossene Abwehr!



Hk. Auf den 20. Juli 1932 ist der 22. Januar 1933 gefolgt, eine neue, ungeheure Herausforderung der Arbeiterschaft, wobei es nur zu einzelnen Protestakten von untergeordneter Bedeutung gekommen ist, während die Arbeiterschaft als organisierte Macht an diesem Sonntag so wenig in Erscheinung getreten ist, wie am 20. Juli. Man muß sich die Größe der Provokation vor Augen geführt haben, um ermessen zu können, was das Nichtaufstehen der Arbeiterschaft politisch bedeutet.

Am Vormittag marschierte Polizei mit Karabiner in großem Aufgebot auf dem Bülowplatz auf, vor dem Karl-Liebknecht-Haus mit der Sowjetfahne. Kommandos schallten über den Platz, die Polizei teilt sich auf und marschiert in die anliegenden Straßen ab. Die gesamte Berliner Schupo und die politische Polizei war an diesem Vormittag aufgeboten; das war bisher noch nicht dagewesen. Ein Panzerwagen durchfuhr fortwährend die beschriebenen Straßen und den Platz. So begann die Polizeiaktion mit einer Demonstration: mit dieser Macht sind wir hier! Die anliegenden Straßen wurden so dicht abgeriegelt, daß im Umkreis von einigen hundert Metern um den Platz jeder Fußgängerverkehr kontrolliert und abgesperrt wurde; wer sich nicht als Nazi oder Kriminalpolizist, als Presseemann oder Photograph ausweisen konnte, durfte nicht passieren. Das Karl-Liebknecht-Haus wurde von etwa 100 Polizisten durchsucht, die Hauswache an die Luft gesetzt; ein paar kommunistische Abgeordnete durften als Repräsentanten des Kommunismus im Hause bleiben. Die höchsten Dächer um den Bülowplatz, von denen aus sich die anderen überschauen lassen, wurden von Polizei besetzt.

Unterdessen marschieren aus den Bezirken die Braunhemden an, in ihren häßlichen Uniformen, die keinen Körperteil so betonen, wie Bauch und Gesicht. Die Nazis wählen nicht den nächsten Weg, sondern zum Beispiel den völlig unnötigen Umweg durch die Proletariergassen des „Fischerkiez“; dabei immer ihr provozierendes Gebrüll: „Die rote Front, schlägt sie zu Brei...“ und: „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut!“

Zur vorgesehenen Zeit beginnen die braunen Banden, den Bülowplatz zu füllen. Mehrere Stunden hindurch ist der Platz ein braunes Heerlager. Und während die Bewohner in ihre Häuser gesperrt sind und kein Fenster öffnen können, ohne daß die Polizei — nötigenfalls durch Drohung mit dem Karabiner — die sofortige Schließung des Fensters erzwingt.

ertönen im Angesicht des Karl-Liebknecht-Hauses, Stunden hindurch die Mörderlieder

vom Zu-Brei-schlagen der roten Front und vom Spritzen des Judenbluts. Diese Mörderlieder gelten nicht nur den anwohnenden Proletariern in die Ohren, sondern auch dem Riesenaufgebot an Polizeibeamten; diese hören sich das ruhig an, ihre Aufgabe ausschließlich darin sehend, den Mördern die ungestörte Durchführung dieser Provokation zu ermöglichen. Wer gegen diese Mörderdemonstration Fenster und Mund auf tut, wird erschossen! — das war die Funktion der Polizei auf dem Bülowplatz.

Dieser Sonntag hat also über den Charakter der heutigen Reaktion in Deutschland mehr gezeigt, als daß der Nationalsozialismus im wesentlichen ungebrochen ist.

Er hat außerdem gezeigt, daß die verantwortlichen Regierungsmänner in Deutschland dies wollen.

Am Sonnabend ist in einer Besprechung Schleichers mit Bracht und Melcher noch einmal erwogen worden, ob nicht der Naziaufmarsch verboten werden sollte. Wie es heißt, sind Melcher und vor allem Bracht energisch dafür eingetreten, daß unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel die Provokation der Mörder gegen die Arbeiter durchgeführt und geschützt werde. Es ist ausgeschlossen, daß Schleicher, Bracht und Melcher über die Arbeitermorde und die Fememorde der Nazis nicht unterrichtet sind.

Ihre Entscheidung bedeutet also: lieber gestatten wir Arbeitermördern einen bedeutenden Auftrieb an Macht — denn das bedeutet der Bülowplatz-Aufmarsch für die Nazis —, als daß wir die von Arbeitern angemeldeten Rechte achten.

Es ist gut, diese Lehre insbesondere dann nicht zu vergessen, wenn demnächst — wovon bereits die Rede ist — der

Feste Einheitsfront in Armentières.

Solidaritätsaktionen in ganz Frankreich.

R. Bt. Paris, 20. Januar.

Die Einheitsfront, die in Armentières geschmiedet worden ist, steht fest. Die Textilherren merken das auch und schreiben in ihrer Presse, der Streik erfolge in einem schlechten Augenblick. Jetzt ist nämlich in ganz Frankreich „Weiße Woche“, und Armentières ist die „Stadt des weißen Tuches“. Trotzdem sind die Unternehmer bisher nicht dazu zu bewegen gewesen, ihre Maßnahmen zurückzuziehen. Ende der Woche werden wahrscheinlich Verhandlungen beginnen. Die Weber sind fest entschlossen, nicht nachzugeben. Gestern fand eine große Demonstration statt, 3000 Arbeiter nahmen daran teil.

geführt vom Streikausschuß, also von den Führern der kommunistischen, freien und christlichen Gewerkschaften.

Nicht nur die gelungene Einheitsfront in Armentières selber stärkt den Kampfwillen der streikenden Weber. Auf die Arbeiterbewegung von ganz Frankreich wirkt diese Einheitsfront ihre Strahlen; denn im ganzen Lande wird in bel-

AUS DEM INHALT:

- Die Wahrheit über die Sowjet-Union.
- Viele Wege führen nach Rom.
- Abel als Kain.
- Gewerkschaftsführer bei Hindenburg.
- Für die nicht-amnestierten Genossen.

den Gewerkschaftsbünden, in den kommunistischen und in den freien Gewerkschaften, für die Weber von Armentières gesammelt. Jeden Tag ruft die kommunistische „Humanité“, der freigewerkschaftliche „Peuple“ und der sozialistische „Populaire“ zur Solidarität auf. **Wieviel Aufschwung würde es der Arbeiterbewegung geben, wenn aus der französischen Einheitsfront eine internationale Einheitsfront gemacht würde!**

SA marschiert, Polizei schikaniert.

Alle beide gegen die Arbeiterschaft.

H. M. In der Münzstraße drängen sich die Menschen, zumeist Arbeiter, aber auch Nationalsozialisten. Wer der Polizei ein Schimpfwort nachruft oder nicht ganz so schnell weitergeht, wie die Polizisten es sich wünschen, wird eifrig mit dem Gummiknüppel traktiert; wenn er fortläuft, folgt ihm der Knüttel oft noch eine Weile. „Die Backenzähne müßte man ihnen allen ausschlagen!“, brummt zähneknirschend ein Polizist in seinen Bart, als einer seiner Kollegen gummiknüppelschwingend hinter einem Arbeiter herläuft. Er meinte die Arbeiter.

In der Münzstraße fuhr ein Panzerauto umher. Vom Alexanderplatz zur Weinmeisterstraße, rückwärts wieder zum Alexanderplatz und wieder zur Weinmeisterstraße, hin und her. Dann fuhr es einen Augenblick in eine Seitenstraße ein, um gleich wieder zum Vorschein zu kommen. Das Panzerauto war aus Stahl, nicht aus Pappe, wie die bei den Reichwehrübungen verwandten Tanks. Eine Mahnung für diejenigen, die sich nach Schleichers „Gleichberechtigung“ sehnen.

„SA marschiert mit ruhig festem Tritt.“ Zu beiden Seiten stehen Arbeiter, an den Ecken, wo sie sich besonders sammeln, durch Polizisten von den braunen Banden getrennt. Die Karabiner der blauen Armee schützen den „ruhig festen Tritt“.

Von der Ecke her tönt es im Sprechchor: „Nieder! Nieder! Nieder!“ Eines der Polizeiautos, die in großer Anzahl in der Gegend herumfahren, kommt gerade an der Ecke vorbei. Irgendwo fällt ein Schuß. Dann sieht man noch, daß sehr

viele Arbeiter aus der Menge, aus der der Sprechchor kam, fortlaufen.

Am Senefelder Platz versuchen Arbeiter, einen kleinen Zug zu bilden. Schon ist ein Wagen mit Polizisten da, schiebt sich zwischen den Zug, der nach wenigen Minuten aufgelöst ist.

„SA marschiert mit ruhig festem Tritt.“ Arbeiter stehen in kleinen Gruppen an verschiedenen Stellen der breiten Straße. Von einigen Seiten tönt es: „Nieder!“ Etwa 20 SA-Leute springen aus der Reihe, nun gar nicht mehr in „ruhig festem Tritt“, auf einen Arbeiter los, knüppeln ihn nieder, gegen die Wand. Sie brauchen sich nicht zu bemühen. Auf die übrigen Herumstehenden kommen Polizisten mit der Pistole in der Hand zu. Flucht in die Hausflure. SA marschiert weiter.

Irgendwo in der Gegend wird geschossen. Ueberall sind die Fenster offen, Menschen liegen in den Fenstern, von einigen Stellen her tönt es: „Nieder!“ An der nächsten Ecke marschiert gerade die Bürgerkriegsarmee vorbei. Einige ihrer blauen Beschützer greifen zum Karabiner: „Fenster zu!“ Und drohender, als nicht alle sofort dem Befehl folgen: „Fenster zu, los!“

Die Berliner Polizei teilt abschließend über die Zusammenstöße anlässlich der Nazi-Provokation mit, daß insgesamt 118 Personen, darunter 108 Kommunisten, festgenommen worden sind. Ernstere Zusammenstöße sind nicht vorgekommen.

Provokateur Bracht den kampfmüden Schleicher ablösen sollte.

Besonders eindringlich hat der Berliner Polizeipräsident nochmal zum Ausdruck gebracht, daß er nicht geneigt ist, die von der Arbeiterschaft angemeldeten Rechte zu achten. Am Freitag hatte Bredow, der Vorsitzende des Berliner Ortsausschusses des ADGB, Herrn Melcher nahegelegt, „im Interesse des Friedens einen anderen Aufmarschplatz anzuordnen, um die Gefahren zu bannen“. Melcher hat diese höfliche Anregung nicht beachtet, weil er „in dem Umstand, daß am Bülowplatz das Karl-Liebknecht-Haus liegt, keinen genügenden Anlaß sehe, diesen Platz sonstiger Benutzung, soweit sie den Kommunisten nicht genehm ist, zu entziehen.“ Die unverkennbare Frechheit dieser Antwort sollte auch für den Kollegen Bredow und für die Gewerkschaften überhaupt eine Lehre sein. Es hat eben keinen Sinn, mit Herren wie Melcher u. s. w. durch Bitten und Vorschläge zu verhandeln, hinter denen kein Druck steht. Die von uns vorgeschlagene Anknüpfung der Gewerkschaften, daß am Sonnabend mittag der Streik in Berlin ein-

setzen würde, wenn nicht der Naziaufmarsch verboten würde, wäre die Sprache gewesen, die auch Herr Melcher verstanden hätte.

Die andere Lehre für die Arbeiterschaft knüpft sich an die Tatsache, daß der Berliner Polizeipräsident am Sonntag abend — im wesentlichen zutreffend — melden konnte: „Die Horst-Wessel-Felder der NSDAP auf dem Nikolaj-Friedhof wie das Antreten der SA auf dem Bülowplatz ist, ohne jeden Zwischenfall verlaufen. . . . Sämtliche Züge haben ohne nennenswerte Zwischenfälle ihre Auflösungsbezirke erreicht.“

Kommunistische Abgeordnete hatten am Donnerstag dem Polizeivizepräsidenten gesagt, „daß es nicht zu verhindern sein werde, daß die Berliner Arbeiterschaft von sich aus das Zentralkomitee der kommunistischen Partei vor faschistischen Provokateuren beschützen werde“. Am Sonnabend abend wurden Flugblätter verteilt, mit der Aufforderung, daß die wehrhaften Arbeiter des roten Berlin das Eigentum der Partei, den Sitz der KPD, verteidigen sollten. Seien wir ehrlich, Genossen: von einer solchen Verteidigung konnte

am Sonntag nicht die Rede sein. Wenn wir dies feststellen, so liegt uns angesichts des Angriffs der Nazis, der der gesamten Arbeiterschaft gilt, gewiß nicht daran, auf den besonders bedrohten kommunistischen Genossen herumzuhacken. Woran uns liegt, ist gegenüber den Fehlern, die den Mißerfolg vom Sonntag verursacht haben, an den Geist ehrlicher Selbstkritik bei den Genossen zu appellieren.

Es handelt sich um den alten, von uns immer wieder aufgedeckten Fehler: um die Sabotage

ehrllicher Einheitsfrontpolitik

und als Folge davon um die Isolierung der Kommunisten von den freigewerkschaftlichen Kollegen, die aber die maßgebenden Stellen in den Betrieben innehaben. Die KPD hätte, unter Zurückstellung jeder Polemik, an den Ortsausschuß des ADGB herantreten sollen mit der Aufforderung, gemeinsam für die Durchsetzung des Verbots der Nazidemstration zu streiken.

Wir können uns nicht denken, welche in den Augen von Freigewerkschaftlern plausible Ausflucht die Gewerkschaften auf ein ehrliches Angebot dieser Art hätten finden können.

In dieser klaren Einheitsfrontpolitik hätte der Hebel gelegen, um die Kräfte zur Verteidigung des Karl-Liebknecht-Hauses zu mobilisieren.

Leder ist auch nach der Niederlage vom Sonntag keine Wendung zu einer vernünftigen Politik in dieser Hinsicht bei der KP-Leitung zu erkennen. Ein Bericht über eine am Sonntagabend von der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion einberufene Pressebesprechung schließt mit der Ankündigung, daß die KPD die „am Sonntag erneut deutlich gewordene gewaltige Bewegung der Arbeiterschaft (P)“ zum Anlaß nehme, eine „antifaschistische Woche“ durchzuführen, deren Auftakt eine Massenkundgebung im Lustgarten am kommenden Dienstag bilden werde. Die KPD weiß also die natürliche Sympathie, die eine so unverschämte Bedrohung wie die vom Sonntag in der Arbeiterschaft für die besonders bedrohte Partei zunächst erweckt, zu nichts Besseren zu benutzen, als zur Parteipropaganda.

Der „Vorwärts“ spricht in einer Extra-Ausgabe am Montag früh über die Aufgabe der Einheitsfront mit einer Behutsamkeit, wie wir sie seit dem vergangenen Sommer nicht mehr gewohnt sind. Es heißt da:

„Daß gestern in den Straßen von Berlin keine Ströme von Blut geflossen sind, ist ... Verdienst der kommunistischen Arbeiter. ... Daß die Kommunisten ein solches Maß von Selbstbeherrschung aufbringen würden, hat niemand erwarten können. Viel eher ließ die Sprache ihrer Presse vermuten, daß es zu einer blutigen Straßenschlacht kommen werde. Der

Verdacht läßt sich nicht unterdrücken, daß diese Straßenschlacht von manchen Drahtziehern der Reaktion sogar gewünscht wurde. Sie wollten die KPD in eine Falle locken, um sie zu vernichten. ... Die Kommunistische Partei hat sich durch die Provokation nicht herauslocken lassen, sie ist nicht in die Falle gegangen, und damit hat sie zweifellos richtig gehandelt. Kann aber nicht sie, können nicht wir alle aus dem Ergebnis des 22. Januar viel, sehr viel lernen?

Daß die Sozialdemokraten den 20. Juli 1932 über sich ergehen lassen mußten, an dem sich P a p e n der Regierungsgewalt bemächtigte, das war für die ganze Arbeiterbewegung ein sehr bitteres Ereignis. Daß am 22. Januar 1933 in Berlin vor den Fenstern der KPD-Zentrale und in der bewußten Absicht, sie herauszufordern und zu demütigen, Hitlers braune Horden aufmarschieren durften — daß sie das tun konnten, ohne daß eine wirksame Gegenwehr möglich war, auch das war für die ganze Arbeiterbewegung ein sehr bitteres Ereignis.

Zwei Fragen ergeben sich:

Die erste lautet: Sieht jetzt nicht auch die KPD ein, daß scheinrevolutionäre Kraftphrasen nicht genügen, um eine wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben?

Und die zweite: Kann die KPD auch nach dem 22. Januar ... noch immer wie bisher in der Sozialdemokratischen Partei ihren Hauptfeind erblicken?

Einigkeit tut not! Einigkeit, nicht Einheitsfrontmanöver! Wir demonstrieren am nächsten Sonntag für die Einigkeit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Reaktion. Klassenkampf! Nicht Bruderkampf!

Proletarier Deutschlands, vereinigt euch!

*

Natürlich ist es das einzig Richtige für die KPD, diese Worte voll und ganz ernst zu nehmen und mit einer ehrlichen Einheitsfrontpolitik zuzufassen.

Der nächste Schritt ist klar: es ist noch Zeit, statt eine kommunistischen Demonstration am Dienstag und einer sozialdemokratischen am kommenden Sonntag, eine einheitliche Demonstration der gesamten Berliner Arbeiterschaft auf die Beine zu bringen! Das ist, im Licht der Gefahr geschen, eine lächerlich kleine Aufgabe!

In den Betrieben liegt die Abwehrkraft der Arbeiter.

Der 20. Juli, der 22. Januar haben das negativ gezeigt. Die Aufgabe, innerhalb der Betriebe in überparteilicher Führung zwischen den linksstehenden Arbeitern die Abwehr organisatorisch vorzubereiten, drängt von Tag zu Tag mehr. Sie duldet nicht den Aufschub bis zu einer etwaigen Verständigung zwischen den Parteileitungen, so sehr ein solcher Schritt „von oben“ der Einheitsfrontarbeit in den Betrieben „von unten“ einen mächtigen Auftrieb geben könnte.

Denken wir an die Arbeiter in Frankreich und in Belgien, die eben jetzt die Einheitsfrontarbeit veretärkt anfasen — von unten und von oben.

Der Chaco-Krieg.

Im Gran Chaco sollen am Sonnabend Hunderte von Menschen im Krieg um Oel und Plantagen hingemetzelt worden sein; so heißt es in einer Siegesmeldung aus Asuncion, der paraguayischen Hauptstadt. 4000 Bolivianer hätten mit Flugzeugen und Artillerie angegriffen und seien nach bitterem Kampf geschlagen worden. Vor vier Tagen kam eine Siegesmeldung aus La Paz, der bolivianischen Hauptstadt; die bolivianischen Truppen stünden 275 Kilometer von Asuncion. Vor kurzem traf in Arica ein Dampfer aus den USA mit Waffen (u. a. Munition und acht Kampfflugzeugen) für die Bolivier ein. Sicher ist jedenfalls, daß die Schlächtereien wieder im Gange sind. Am 17. Januar hat Paraguay das Genfer Protokoll unterzeichnet. Es hat jetzt sämtliche internationalen Verträge unterschrieben, die eine gewaltsame Lösung internationaler Konflikte ablehnen.

Ueberfall auf eine Kaserne in Brünn.

Faschistischer Umsturzversuch?

In der Nacht zum Sonntag wurde die Kaserne des 43. Infanterieregiments in Brünn (Tschechoslowakei) von etwa 50 Faschisten überfallen. Während in den zuerst erschienenen Zeitungsberichten der Fall so dargestellt war, als handele es sich um einen Ueberfall, dessen Zweck jedenfalls nicht durchsichtig war, wird das Ereignis in „Ceske Slovo“, dem Organ des Außenministers, als Putschversuch dargestellt. Diesem Bericht zufolge gelang es den Faschisten, die Wache, die keine Munition besaß und auch in anderer Hinsicht die Wachvorschriften verletzt hätte, zu überwältigen und zwei Stunden lang die Kaserne zu beherrschen. Die Faschisten waren mit Pistolen und Küchenmessern bewaffnet. Als Soldaten, denen es gelang, aus der Kaserne zu entfliehen, aus dem benachbarten Gasthof telephonisch um Hilfe rufen wollten, stellten sie fest, daß die Telephondrähte durchgeschnitten waren. Auch andere Anzeichen deuten auf eine größere Vorbereitung des Ueberfalls hin. Die Soldaten trafen dann einige Polizisten. Nach kurzer Zeit kam eine 250 Mann starke Polizeibeamtenabteilung, mit Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstet. In dem von der Polizei eröffneten Feuer konnten die Faschisten sich nicht halten und ergaben sich. Einer von ihnen wurde getötet, ein anderer und zwei Soldaten verletzt. 27 Faschisten konnten verhaftet werden.

Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß zwei Feldwebel des 43. Infanterieregiments unter starkem Verdacht stehen, mit der Aktion in Verbindung gestanden zu haben. Einer der Faschisten ist ein Vetter des Generals Gajda. Er erklärte, man habe gesagt, daß Gajda sich bereits zum Diktator gemacht habe.

Internationale Grippe-Epidemie.

In Frankreich, besonders in den nördlichen Provinzen, greift die Grippe immer mehr um sich. In Lille mußte die Post die Briefbestellung auf zweimal täglich herabsetzen, weil es an Briefträgern fehlt. In Kasernen und Schulen sind in vielen Fällen 60 Prozent der Soldaten oder Schüler an Grippe erkrankt.

In einem belgischen Grenadierregiment ist jeder dritte Soldat krank.

In Siegburg hat der Kreisarzt die Schließung aller Schulen verfügt, da die Zahl der grippekranken Kinder außerordentlich steigt.

In Panama hat der Gesundheitsminister wegen der Grippe-Epidemie die Schließung aller Schulen gefordert.

Viele Wege führen nach Rom.

Kein Friede am Mittelmeer.

H.M. Senator de Jouvenel ist in Rom angekommen, um seine Mission, die französisch-italienische Verständigung zu fördern, zu beginnen. Der Optimismus, der den neuen Botschafter noch vor wenigen Tagen begleitete, ist verunstet. Herriot schreibt im „Democrat“, einer Zeitung in Lyon:

„Auch Italien stehe Frankreich feindlich gegenüber. Er müsse feststellen, daß die herzlichen Aeußerungen, die er in Toulouse an die Adresse Italiens richtete, ihr Ziel nicht erreicht hätten. Sein Wunsch nach einer Annäherung mit Italien sei gescheitert. Von dieser Seite sei im Augenblick nichts zu erhoffen.“

De Jouvenel selber drückt sich zwar nicht so pessimistisch aus. Aber auch aus seinen Aeußerungen gegenüber Vertretern des „Intransigent“ und der „Liberte“ geht nur hervor, daß „eine Verständigung, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet möglich sei“. Daß sie wahrscheinlich sei, sagt der neue Botschafter nicht, er weist vielmehr nachdrücklich darauf hin, daß man „jeden Gedanken der Erfolgshascherei ablehnen müsse“.

Warum diese Hoffnungslosigkeit?

Mussolini empfängt ...

Der polnische stellvertretende Außenminister hat nunmehr, wie verlautet, seine „Kur“ in Italien beendet.

Die griechische Regierung sendet einen Vertreter nach Rom zwecks Abschlußes einer Anleihe an Griechenland. Auch mit Albanien sind angeblich Verhandlungen darüber im Gange, was für Gegenleistungen es an Italien geben kann, um eine neue Anleihe zu erhalten.

Auch ein Mitglied der belgischen Regierung ist den Weg nach Rom gegangen, angeblich wegen finanzieller Verhandlungen. Das ist sofort ersichtlich, als bisher zwischen Belgien und Italien von finanziellen Beziehungen kaum die Rede war.

Die deutschen Militaristen und Mussolini.

Die deutschen Militärpolitiker starren nach Rom und wünschen, daß aus der französisch-italienischen Verständigung nichts werden möge. „Wieder muß man die besorgte Frage aufwerfen, ob der ganze Ernst der Situation in der Wilhelmstraße genügend erkannt wird“, so äußert sich die „Berliner Börsen-Zeitung“.

Worin der „Ernst der Situation“ liegt, ist nicht schwer zu erraten: Französische Regierungskreise fürchten an Italien, was deutschen Regierungskreisen sympathisch ist:

Italien ist ein stark gerüstetes Land und hat eine Bevölkerung, vor allem eine Jugend, die auf Kriegsführen gedrillt ist.

Kriegerische Drohungen aus Deutschland sind vorläufig noch Phrase; das ist sofort anders, wenn Italien auf Seiten der „Abgerüsteten“ tritt!

Die Angst vor dem Zustandekommen einer deutsch-italienischen Front ist auch einer der Gründe, die die französische Regierung dazu veranlassen, unter allen Umständen Oesterreich in die Hand zu bekommen und den Anschluß zu verhindern, obwohl finanziell in Oesterreich keine Geschäfte zu machen sind. Denn wenn es auch keine deutsch-italienische Grenze gibt, so gibt es doch eine österreichisch-italienische!

Mussolini hat es sich bisher versagt, sich mit Schleicher und Genossen zu verbünden. Er hat zwar auch Interesse an der Revision des Versailler Vertrages, hat jedoch Aussicht, seine eigenen Interessen unter Umständen besser zu befriedigen, wenn er sich freundschaftlich mit Frankreich einigt, als wenn er sich in eine Front mit dessen „Erbfeind“ stellt. Daß Mussolini die Wahl zwischen beiden hat, können auch keine Lohnduelle von Presseprofessoren der „BBZ“ fortzaubern.

„Versailles gutzuheißen, den Brandherd des polnischen Korridors ... nicht zu sehen, heiße von Mussolini verlangen, seinen Weltruf und Weltberuf (!) zu opfern, die Interessenverbundenheit mit Deutschland zu zerreißen.“

„Die tiefe Interessenverbundenheit Deutschlands, Ungarns und Italiens liegt aber gerade in der realen Gegebenheit, ... daß auch Italien Gerechtigkeit für sich von seinen ehemaligen Verbündeten nie erhalten wird, wenn es sie aufhören würde, diese Gerechtigkeit an der Seite des vergewaltigten Volkes zu fordern.“

Herriots Aeußerungen im „Democrat“ lassen allerdings die schlimmsten Befürchtungen darüber zu, daß Mussolini sich so entscheiden sollte, wie es im Interesse derartiger Kriegshetzer liegt. Denkt man an die italienisch-französische, italienisch-jugoslawische, deutsch-französische und deutsch-polnische Spannung, so bedarf die Behauptung, ein Krieg drohe, keiner weiteren Begründung.

Wann wird die Arbeiterschaft durch eine organisierte Abwehr des Krieges und der Kriegsgefahr es den Zufällen der Interessen und Beschlüssen kapitalistischer Diktatoren entziehen, ob auch in Europa das Geschick der Völker wieder durch Kanonen und Panzerschiffe entschieden wird?

Genf beendet seine Unterhaltungen.

Fernost-Konflikt ungelöst.

Gu-n. Die Antwort der japanischen Regierung auf den jüngsten Genfer Vermittlungsvorschlag ist endlich am Sonnabend dem Neunzehner-Ausschuß vorgelegt worden. Ueber ihren Inhalt ist so gut wie nichts bekanntgeworden. Jedenfalls ist sie aber so ausgefallen, daß der Ausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

zu Japans Gegenvorschlägen

Stellung zu nehmen, da diese Vorschläge keine Grundlage für weitere Vermittlungsverhandlungen seien.

Sie seien für China unannehmbar.

Ebenfalls am Sonnabend hat die chinesische Delegation in Genf eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich über das Gebahren des Neunzehner-Ausschusses beschwert. Während weder dieser Ausschuß noch der Generalsekretär des Völkerbundes bisher auf eine ausführliche chinesische Denkschrift vom 26. Dezember geantwortet hätten, habe sich der Ausschuß mit neuen japanischen Abänderungsvorschlägen beschäftigt, und die chinesische Delegation habe davon erst aus der Presse erfahren. Die chinesische Delegation veröffentlicht jetzt ihre Denkschrift vom 26. Dezember, die die chinesische Stellungnahme zu den damaligen Entschließungsentwürfen des Neunzehner-Ausschusses enthält.

Die Chinesen unterstreichen drei Forderungen:

1. Ausdrückliche Nichtanerkennung Mandschukuos;
2. die Mitwirkung der USA und Sowjet-Rußlands in einem zu schaffenden Vermittlungsausschuß erscheine als sehr notwendig;
3. dieser Vermittlungsausschuß solle die Vermittlungsaktion als Kollektivverhandlungen sämtlicher interessierter Mächte leiten, er solle die Schlichtung also nicht direkten Verhandlungen Chinas mit Japan überlassen.

Völlig unüberbrückt sind also nach einem unnützen Zeitaufwand von vielen Monaten die Gegensätze von neuem vor dem Genfer Ausschuß ausgebreitet worden. Der Ausschuß will jetzt die Anwendung des Absatzes 4 des Artikels 15 der Völkerbundssatzung einleiten.

Der Absatz lautet:

„Kann der Streitfall nicht ausgeglichen werden, so erstattet und veröffentlicht der Rat ... seinen Bericht, der eine

Aufstellung der mit dem Streitfall zusammenhängenden Umstände sowie die Vorschläge enthält, die er zur Lösung des Falles als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.“

Am Montag ist der Neunzehner-Ausschuß zusammengetreten, um einen derartigen Bericht des Rats vorzubereiten. Der Rat, der ursprünglich am Montag zusammenzutreten sollte, hat diese Tagung auf Dienstag verschoben.

Unter starken polizeilichen Absperrungsmaßnahmen hat am Sonnabend der japanische Außenminister vor dem neu eröffneten Parlament gesprochen.

Ein paar Stellen seiner Rede mögen zeigen, daß Japan die Linie seiner Eroberungspolitik fortsetzen will:

Japan werde fortfahren,

die Mandchurei nach innen und auch nach außen zu verteidigen. Zur Kampftätigkeit in Jehol betonte der Außenminister, daß Japan dieses Gebiet als einen Teil der Mandchurei ansehe. „Jeder Friedensplan muß sich auf die Erkenntnis gründen, daß die aufbauende Kraft Japans die Garantie für die Ordnung in diesem Teil der Welt bildet.“ Der Lytton-Bericht sei für die japanische Regierung so gut wie unannehmbar.

Wenn sich die kommunistische Propaganda am Yangtso infolge der chinesisch-russischen Annäherung verstärken sollte, müsse Japan dies als eine ernstliche Drohung auffassen.

Was den vorgeschlagenen Nichtangriffspakt Japan-Rußland anbetreffe, so sei die Zeit für einen solchen Pakt noch nicht gekommen.

Am Sonnabend sprach der Kriegskommissar Woroschilow in einer Moskauer Parteiversammlung. Er bekannte sich als Anhänger der Politik Stalins und erklärte, daß die gesamte Wehrmacht hinter Stalin stehe. Zur außenpolitischen Lage erklärte Woroschilow, daß die Stärke der Wehrmacht die größte Aufgabe der Sowjet-Regierung und der Partei sei.

Tote für den nächsten Krieg.

Im Jahre 1932 sind 32 Flugzeuge der britischen Wehrmacht abgestürzt, wobei 48 Personen ums Leben kamen.

Als Städtebauer in der Sowjet-Union.

A. Kl. Ueber dies Thema sprach im Rahmen einer Frankfurter Veranstaltung des Bundes der Freunde der Sowjet-Union der ehemalige Professor des Dessauer Bauhauses, Hannes Meyer, der heute Professor an der Architekturhochschule in Moskau ist.

Wenn man einen sachlichen, durch gute Kenntnisse der Verhältnisse unterbauten Vortrag erwartete, so sah man sich hierin gründlich getäuscht. Hannes Meyer „plauderte“ — allerdings recht unterhaltsam und anschaulich, zwei Stunden lang über die schon in allen möglichen Publikationen der kommunistischen Parteipresse verbreiteten „Pläne“ in der Sowjet-Union:

Sowjet-Rußland steht am Ende des ersten Fünfjahresplanes. 518 Werke der Schwerindustrie sind inzwischen geschaffen worden. Sie stellen nicht nur das „Fundament der sozialistischen Oekonomie“ dar, sondern bedeuten, architektonisch gesehen, die Eckpfeiler der neuen, sozialistischen Architektur. Der zweite Fünfjahresplan wird für die Architektur eine Verstärkung des Wohnungsbaues bringen. Auch für die Architektur werden die neuen Forderungen des Fünfjahresplanes gelten:

Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, Aufhebung des Gegensatzes und Unterschiedes zwischen dem Kopf- und Handarbeiter, Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der breiten Massen, Ausrottung der kleinbürgerlichen Schichten der Arbeitermassen.

An einem Beispiel der Stadt Perm, einem Ort mit etwa 130 000 Einwohnern, versuchte der Redner zu demonstrieren, was von diesen Forderungen heute schon erfüllt ist. Siebzehn verschiedene Technikums beherbergen diese Mittelstadt, deren Studenten zu 90 Prozent Arbeiter seien. Ueber die Wohnweise der Bevölkerung selbst erzählte er dagegen nichts.

Meyer kam dann auf den eigentlichen Städtebau zu sprechen. Die Sowjets hätten ein zerstörtes und reduziertes

Erbe des Zarismus auch hinsichtlich des Städtebaues übernommen. Zahlreiche alte Wohnformen, die zum Teil aus spekulativen Interessen heraus entstanden sind, müssen der neuen Gesellschaftsordnung angepaßt werden. Dies würde nicht schematisch geschehen, sondern den augenblicklichen Verhältnissen stets angepaßt werden. Wir werden feudalistische Städte umbauen in moderne Industriestädte; wir werden und werden — diese Zukunftsform war der Hauptbestandteil der Meyerschen Rede; kaum eine konkrete Angabe, ein wirklicher Tatbestand, über den zu berichten er einer der Berufensten gewesen wäre.

Zur Frage der neuen Meldepflicht, die sicher vielen der Anwesenden am Herzen lag, bemerkte Meyer, daß sie von den Architekten sehr begrüßt worden sei, da sie durch Verhinderung der Fluktuation der Arbeitskräfte präzisere Kalkulationen ermögliche. (Immerhin auf Kosten der Freizügigkeit der Arbeiter!)

Die Frage des Arbeitstempos kennzeichnete er durch ein Wort Stalins: „Ueber die Terminfrage können wir selbstverständlich diskutieren, aber nur über deren Verkürzung.“

Meyer erzählte noch von der jetzt in verlangsamttem Tempo fortschreitenden Kollektivisierung der Wohnbauten.

Alles erschien in rosigem Lichte, mit idyllischem Beiwerk ausgeschmückt. Kein Wort fiel von den Schwierigkeiten, die unter den günstigsten Bedingungen doch vorhanden sein müssen, nicht einmal wurde die wirtschaftliche und finanzielle Seite dieser so wichtigen Fragen überhaupt gestreift.

Wäre dem Sozialismus und der Arbeiterschaft nicht besser gedient, wenn man ihr nicht immer nur diese romantischen Geschichten über die Sowjet-Union vorsetzen würde? Warum nennt man nicht ruhig die Schwierigkeiten, die bei einem so gewaltigem Umbau doch unvermeidlich sind? Sie könnten wahrscheinlich die Bereitschaft, zu helfen, steigern. Das Vertuschen und Beschönigen dagegen weckt Mißtrauen und macht es den Gegnern des Sozialismus leicht, Gegenargumente zu finden und den Sozialismus in Bausch und Bogen als Utopie zu verschreien.

Ein „hoffnungsvoller“ Sozialdemokrat

L. G. In Magdeburg sprach Erich Nötling, einer der Wirtschaftsfachleute der SPD, über: „Kapitalistischer Zusammenbruch — Sozialistische Aktion.“

Er führte aus: „Vier Krisenheilungsrezepte würden augenblicklich in Deutschland empfohlen:

1. Autarkie (Nationalsozialisten, Landbund, Schwerindustrie),
2. Sowjet-Deutschland,
3. Aufpulverung des Kapitalismus (Programm Papen, Schleicher),
4. Sozialistischer Wirtschaftsumbau (Forderung der SPD).

Schwerindustrie und Junker sind an einer abgeschlossenen Wirtschaft interessiert, weil sie im Besitze der Rohstoffe und des Brotgetreides sind und in einer solchen Wirtschaft das Heft in der Hand haben. In derselben Richtung liegt das Interesse der Junker am Lohndruck in der Industrie: Der Verbrauch an Kartoffeln und Roggenmehl nimmt nämlich in der Krise zu. Der Bauer ist der Leidtragende; denn die Nachfrage nach seinen Produkten schrumpft.

„Deutschland ist ein Volk des engen Raumes.“ Leider ging Nötling nicht darauf ein, warum die Deutschen ein Volk des engen Raumes sind. So blieb der Eindruck zurück, als sei dies eine Naturgegebenheit und nicht etwa die Folge der junkerlichen Bodenpolitik.

Ein Sowjet-Deutschland lehnte er ab, hielt es aber für die Pflicht jedes Sozialisten, sich schützend vor Sowjet-Rußland zu stellen, weil es als einziger sozialistischer Staat ein Bollwerk gegen die kapitalistische Welt bedeute.

Der „Aufpulverung“ des Kapitalismus stellte er entgegen, daß wir im Zeitalter des Monopolkapitalismus niemals über die Krise hinwegkommen werden, weil durch die künstlichen Preisbildungen die Gesundung verhindert werde. Der Konkurrenzkapitalismus, wie er seiner Meinung nach früher bestand, konnte sich dieses Aufhalten des Gesundungsprozesses nicht leisten, und darum wurden Krisen früher nach einer bestimmten Zeit überwunden.

Nötling irrt! Einen Konkurrenzkapitalismus hat es noch nie gegeben und kann es auch nicht geben, weil sich eben Kapitalismus nur da entwickeln kann, wo die Konkurrenz ge-

heimt ist. Unverantwortlich ist es, daß in einer Arbeiterversammlung noch heute das Märchen verbreitet wird: „Der Kapitalismus ist ein sinkendes Gesellschaftssystem. Seine Zeit ist erfüllt. Glaubt an den Sozialismus. Wir können Euch zwar nicht den Hunger, aber die Sinnlosigkeit des Hungers nehmen.“ Also: Proletarier, die Ihr hungert, schnallt stolz und gläubig Euren Leibriemen enger und erfaßt im Glauben an den Sozialismus den tiefen Sinn, heute noch hungern zu dürfen!

Die „sozialistische Aktion“ der Sozialdemokraten besteht in der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, in der Enteignung des Bodenbesitzes über 200 Hektar (warum beginnt man nicht weiter unten?) und Verstaatlichung der Großbanken. Weiter soll die Verstaatlichung nicht gehen. Aber wenn das damit begründet wird, daß man das Eigentum nicht abschaffen will, weil sonst $\frac{1}{2}$ der Bevölkerung gegen die „sozialistische Aktion“ seien, so scheint dieser Standpunkt nur eine taktische Maßnahme zu sein, entgegen einem anderen Grundsatz. Das ist bedenklich!

Nötling schloß seine Rede: „Wir Sozialdemokraten können hoffnungsvoll sein, weil wir wissen, daß es einen Ausweg gibt.“

Es ist kläglich! Nachdem man jahrelang zugesehen hat, wie den Arbeitern die Butter vom Brot genommen wurde, tröstet man sie heute damit, daß man weiß, wie sie wieder auf das Brot kommt.

Ein paar hundert Arbeiter hörten dem zu und klatschten begeistert Beifall. (!)

Zeichen der Krise.

Wie das preußische Statistische Landesamt in Nr. 3 der Statistischen Korrespondenz mitteilt, hat sich unter dem Einfluß der starken Arbeitslosigkeit

die Heiratshäufigkeit der Bevölkerung erneut verringert.

Im dritten Vierteljahr 1932 wurden in Preußen nur noch 75 972 Ehen geschlossen. Das sind rund 2000 weniger als im gleichen Viertel des Vorjahres und rund 15 000 weniger, wenn man 1929 das Jahr der höchsten Heiratshäufigkeit im vorigen Jahrzehnt, zum Vergleich heranzieht. Die auf 1000 Einwohner

und auf ein Jahr berechnete Heiratsziffer betrug 7,5 gegenüber 7,8 im Vorjahre und 9,2 im Jahre 1929.

Noch stärker kam die Wirtschaftskrise in der Geburtenzahl zum Ausdruck.

Statt 160 540 Kinder, die im dritten Vierteljahr 1931 geboren wurden, ergab das Berichtsvierteljahr nur 151 534. Auf je 1000 Einwohner kamen nur noch 15,0 Geborene gegen 16,0 im Vorjahre.

Die Sterblichkeit hat etwas zugenommen; es starben im Berichtsvierteljahr rund 1400 Personen mehr als im dritten Vierteljahr 1931, und die auf das Jahr berechnete Sterbeziffer stieg von 9,9 vom Tausend auf 10,0 vom Tausend.

Die Säuglingssterblichkeit ist erheblich gestiegen. Es starben 11 482 Kinder im Alter unter einem Jahr gegenüber 11 040 im Vergleichsvierteljahr. Auf 100 Lebendgeborenen entfielen jetzt 7,5 gestorbene Säuglinge (gegen 6,7).

Das Ergebnis des stärkeren Geburtenrückganges und der erhöhten Sterblichkeit war ein recht geringer Geburtenüberschuß. Er belief sich auf 51 298 oder 5,1 vom Tausend und war um 10 379 oder um ein Sechstel niedriger als im gleichen Quartal des Vorjahres.

Vom „Malygin“, dem bei Spitzbergen gestrandeten russischen Eisbrecher, kommen vereinzelte Nachrichten. Die neuesten lauten zuversichtlicher: die Maschinenanlage des „Malygin“ sei eis- und wasserfrei.

Zu Lenins Todestag sprach in der Moskauer Oper Kalinin in einer Trauerkundgebung der KPR und der Sowjetregierung.

Opfer des Winters.

Der 73jährige Rentner Otto Raschke aus Werder, der auf dem Fahrrad über die zugefrorene Havel nach Alt-Töplitz fahren wollte, ist dort nicht angekommen, man nimmt an, daß K. in ein Wasserloch geraten und ertrunken ist.

In Nowawes bei Berlin rutschte die 70jährige Witwe Rohde auf dem glatten Bürgersteig aus und erlitt so schwere Beinbrüche und innere Verletzungen, daß sie bald darauf im Krankenhaus starb.

Winter in Rußland: in Leningrad minus 28 Grad, im Ural minus 45 Grad.

Schrecklicher Verbrennungstod.

Der 21jährige Herwart Kilian aus Wendhausen (Braunschweig) steckte eine brennende Zigarette in seine Tasche. Darin aufbewahrte Zündhölzer entzündeten sich und setzten die Kleider von K. in Brand. Ein Kutscher versuchte, mittels einer Decke die Flammen zu ersticken. K. hatte aber bereits so starke Brandwunden erlitten, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Braunschweiger Landeskrankenhaus starb.

Verschüttete Bergleute gerettet.

Am Sonnabend vormittag gelang es, die sechs seit Donnerstag in einem Luxemburger Erzbergwerk verschütteten Bergarbeiter zu retten.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Mittwoch, 25. Januar, 20.15 Uhr, Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, 1. Thema: Weltkrieg droht! — Kriegsgegner an die Abwehrfront!

Eisenach: Donnerstag, 26. Januar, 20.15 Uhr, im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs!

Köln-Mitte: Dienstag, 24. Januar, 20.15 Uhr, im Colonniasaal, Aachener Str. 5. Thema: Rechtsnot über Deutschland. Redner: Hans Lehnert (München). Eintritt: 15 Pfennig. Für Erwerbslose: 10 Pfennig.

Mainz: Dienstag, 24. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Was ist uns heute Lenin?

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klippenhauer Verlag AG. Berlin.

Beim Dienst auf dem Verbandplatz hat er immer gleich heraus, ob eine Knochenfraktur vorliegt oder nicht, während der dreiviertel fertige studierte herummarkst, herumtastet und des Opfers Unbehagen vergrößert. Auch zu schienen verstehen die alten Feldwebel besser, schneller, schmerzloser als die jungen Doktors.

Der dritte, der Sanitätssergeant vom zweiten Bataillon, wird von den beiden anderen gebremst verachtet: er ist ein Schlamper, er hat seine Salbentöpfe, seine Bücher nicht in Ordnung, stets schmiert und schwindelt er da etwas zusammen, ob sich's um Salben oder um Aufzeichnungen handelt, sein Krankenraum ist besonders dreckig, seine Requisite sind mangelhaft, seine Thermometer meist zerbrochen — aber was das Aergerlichste ist: seine sanitären Ergebnisse sind eigentlich nicht schlechter als die der beiden andern. Er ist „wissenschaftlich“ total ungebildet — ja er glaubt erbärmlicherweise an Wunderkuren und wendet sie heimlich an. Die beiden anderen verpetzen ihn deshalb nicht bei den Aerzten, aber sie empfinden ihn als unwürdigen Kollegen. Was macht er für Sachen? Im Frühjahr, als rätselhafte Dauminfektionen leichter Art grassiert haben, hat er seinen Patienten Froschlaich zu schlucken gegeben. Und sie sind rascher mobil geworden als alle anderen Kacker. Feldwebel Fähnlein, der Wissenschaftler, der sogar mit psychischen Einflüssen arbeitet, höhnt: „Eigentlich ist es begreiflich: vor lauter Grausen, wenn du nicht stirbst, mußt du da ja gesund werden.“

Ihm, der mit Froschlaich und Spatzendreck verkappt arbeitet, ist der Kameraden Ablehnung auf geistigem Gebiet gleichgültig. Er wurstelt weiter, im Gehirn wohl nicht ganz richtig, mit gelegentlichen epileptischen Erscheinungen be-

haftet, nervösen Anfällen ausgesetzt, daher von den Aerzten nachsichtig behandelt, die zu erkennen glauben, daß er im ganzen doch willig, eifrig und brauchbar ist. Er heißt Anton Malz, er hat bis zum Krieg als Hühneraugenoperateur und Naturheilkundiger in Augsburg gelebt.

Der Regimentsarzt tritt schnellen Schrittes ein — besser sagt man: er tritt auf; seiner wenigen Vorzüge einer ist, daß er pünktlich zu sein pflegt. Man braucht nicht stundenlang zu warten wie bei einem anderen gewissen Herrn vom zweiten Bataillon. Die Feldwebel schreien ihrer Herde zu: „Achtung, stillgestanden!“ — und die kranken Knochen deuten wenigstens die Geste einer strafferen Haltung an. Der Regimentsarzt läßt den dicklichen Körper auf einen Sessel vor einem Pultchen nieder, das man aus einem der früheren Klassenzimmer hier hereingetragen hat — einem Schülerpult mit Papier und Tinte, vor dem er nun etwas albern hockt, indes er selber kommandiert: „Rührt euch!“

Und dann beginnt man sogleich und rapide. Es ist üblich, mit etwa vierzig Kranken in einer guten Stunde fertig zu werden. Das sind noch keine zwei Minuten für den Mann. Eigentlich interessieren den Regiments- und Stabsarzt Dr. Nohl nur die Furunkel. Bei den Erkrankungen der Atmungsorgane fragt er lediglich nach den Temperaturen: sind sie nicht besorgniserregend (und wann wären sie es? höchst selten), so erfolgt nichts als die knappe Anordnung, wie bisher weiter zu machen. Aber Furunkel haben seine sachlich-liebvolle Aufmerksamkeit. Denn er liegt da in einem chevaleresken und spannenden Streit mit anderen Sanitätsoffizieren vom Regiment. Sie behandeln so — er so. Er ist für Ausbrennen, jene sind für Schmierer, für Diät, für Baden oder für Luft und Sonne. So brennt er denn eigenhändig mit irgendwelchen glühenden Drähten und Nadeln, hantiert, daß es zischt und stinkt, daß Wehlaute ertönen und den drei Neulingen in der Ecke ganz übel wird.

Aber nun naht der Augenblick ihrer eigenen Angelegenheit. Dr. Nohl hat Zettelchen und Ausweise geschrieben: für einen Zahnkranken zum Divisionszahnarzt, hinter zur Sanitätskompanie; für einen Bindehautkranken zurück zur Augentation; für einen Hochfiebernden ins Feldlazarett (mit dem Wort „Typhus“ und einem Fragezeichen dahinter,

denn hier vorne wird nicht auf Bakterien untersucht); für einen das Trippers Verdächtigen (weiß der Henker, woher er ihn bezogen haben soll). Jetzt erhebt er sich ächzend, steckt eine Zigarre in Brand und wendet sich an die Feldwebel, die eifrig in Salbentöpfen umherstochern und Binden an kranke Beine legen: „Asam, noch was?“

„Jawohl, Herr Stabsarzt, drei neue Mann wären da.“

Sie müssen aus ihrer dunklen Höhle hervormarschieren und in Linie antreten. Der älteste, Holzer mit dem großen Schnauz- und dem kleinen Knebelbart, übernimmt es, für sie zu sprechen.

„Ihr kommt vom Ersatztruppenteil aus München? Ihr seid als Krankenträger ausgebildet?“

„Jawohl, Herr Doktor.“

Das dickliche Gesicht des Arztes schwillt unter der zerknitterten Feldmütze rot auf. Ein Unwohlsein scheint ihn zu befallen, er öffnet am Hals einen Haken der Litewka. „Was bin ich? Wie reden Sie mich an, Sie —?“

Schweigen. Die drei haben noch nie einen Stabsarzt gesehen. Daheim sind sie in jener phantastisch primitiven Weise von einem Unterarzt ausgebildet worden; zu dem haben sie Herr Doktor gesagt.

Der Stabsarzt wendet sich angewidert ab. Er beherrscht sich elegant, er macht eine wegwerfende Handbewegung. „Asam, belehren Sie diese ungläublichen Burschen.“

Der Feldwebel Asam ist noch zorngeschwollener als der Offizier. Er macht ein Gesicht, als sei er verantwortlich für die Dummheit dieser Leute und sei mit abgekautelt worden. Er poltert, aber durch alle Wut hindurch in gutmütigen Gruntönen: „Ja, habts denn ihr überhaupt keine Ausbildung net? — Stehts net da wie ein Sauhaufen, nehmts gefälligst eure Haxen zusammen! Wißt ihr net, daß ihr vor dem Herrn Stabsarzt steht? Wie redet man den Herrn Stabsarzt an? Und woran erkennt man ihn?“

Dr. Nohl winkt gelangweilt ab. „Lassen Sie es gut sein, Asam. Das weitere, wenn ich draußen bin. — Ist eure übrige Vorbereitung fürs Feld auch so mangelhaft? Besonders wenn ihr nicht aus — bis auf den einen. Asam, daß er uns immer wieder so dürftiges Material herschickt.“

(Fortsetzung folgt.)

Vor dem Arbeits-Großkampf in Dänemark.

Die Regierung droht den Unternehmern.

Es gilt jetzt als ziemlich sicher, daß es in Dänemark zu der von den Unternehmern angedrohten Großaussperrung kommen wird. Die Arbeiter rüsten sich zu einem zweimonatigen Kampf. Ministerpräsident Stauning versucht noch zu vermitteln und die Unternehmer durch eine Erklärung einzuschüchtern, daß man im Falle einer Großaussperrung lebensnotwendige Waren, für die jetzt Einfuhrverbot oder -beschränkung besteht, hereinlassen müsse. Auf keinen Fall dürfe die Bevölkerung unter dem Kampf zu leiden haben.

Ausdehnung des Londoner Verkehrsstreiks.

Der Streik der Londoner Autobusangestellten hat weiter um sich gegriffen. Am Sonnabend streikten ungefähr 10 000 Arbeiter, die Hälfte der gesamten Belegschaft.

Auch die Kommunisten — willkommenen Gewerkschafter!

Wenn die RGO. nicht wäre!

M.H. Im Rahmen der Freien Gewerkschaften ist nach der Ansicht des „Funkens“ die beste Möglichkeit, an der Bildung der Einheitsfront zu arbeiten. Deswegen müssen wir die Stimmen von allen Seiten aufmerksam aufnehmen, die eine Erleichterung für diese schwere Arbeit bedeuten. So wird in der „Gewerkschaft“, dem Organ des Gesamtverbandes — und das heißt: des Verbandes, der mit am stärksten unter SP-Einfluß steht! — in einem „Rückblick auf das Jahr 1932“ in allerdings später Selbsterkenntnis anerkannt: „Wir dürfen nicht verkennen, daß es unsere Aufgabe ist, soweit irgend möglich, auch die Kommunisten gewerkschaftlich bei der Stange zu halten.“ Es sei dies allerdings infolge der RGO-Politik der KP schwer; aber: „es gibt doch in diesen Notzeiten große Teile der Arbeiterschaft, die rein gefühlsmäßig kommunistisch eingestellt sind, während sie wirtschaftlich realpolitisch denken und in den freien Gewerkschaften mitarbeiten.“

Daran müssen wir festhalten, daß jeder, der sich den Beschlüssen unserer Organisation fügt, ein willkommenen Gewerkschaftler ist.“

Gerade im Gesamtverband gilt es, diesen Satz öffentlich zur Geltung zu bringen. Wenn die Kollegen, die nicht für die SP sind, ebenso „willkommen“ sind, so ist es verboten, sie von allen wichtigen Funktionen fern zu halten — wie es heute geschieht; dann ist es eine unerhörte Zumutung, daß z. B. bei Wahlen eine reine Parteipropaganda für die SP durch die Gewerkschaft und mit Gewerkschaftsgeld gemacht wird. Wie wichtig es ist, daß die KP ihre RGO-Listen bei den Betriebsräteahlen, sowie die ganze RGO-Politik aufgibt, damit die kommunistischen Kollegen, ohne sofort vom Ausschluß bedroht zu sein, in den Gewerkschaften arbeiten können, zeigt der folgende Satz aus dem gleichen Artikel: „Wir stellen auch erneut fest, daß Ausschlüsse aus den freien Gewerkschaften nicht wegen der politischen Zugehörigkeit zur KPD erfolgen, sondern stets nur, wenn besondere Listen für die Betriebsräte oder ähnliche ungewerkschaftliche Maximen von seiten der RGO angewandt werden, und Kollegen sich dazu hergeben, diese Durchkreuzung der gewerkschaftlichen Einheit zu unterstützen.“

Gewerkschaftsführer bei Hindenburg.

Die Vorsitzenden des ADGB und des AFA-Bundes Leipart, Graßmann, Eggert und Stähr begaben sich am Sonnabend zu Hindenburg. Der Inhalt der Besprechung ergibt sich aus folgendem Schreiben der Bundesvorstände an den Reichspräsidenten, das von den Vertretern der Gewerkschaften in der Aussprache eingehend begründet wurde:

„In einer Zeit höchster wirtschaftlicher und seelischer Nöte der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der rund 7 Millionen erwerbsloser Volksgenossen, wenden wir uns an Sie, Herr Reichspräsident, um Ihre Aufmerksamkeit auf die nunmehr unerträglich gewordenen Verhältnisse zu lenken.“

Als wir am 26. Februar 1931 zusammen mit Vertretern der anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Ehre hatten, Ihnen die damalige Lage zu schildern,

erwarteten Sie mit uns (!) eine allmähliche wirtschaftliche und soziale Besserung.

Damals zählten die Arbeitsämter 5 Millionen Erwerbslose. Unter den 7 Millionen Erwerbslosen von heute befinden sich zahlreiche Jugendliche, denen nach der Schulentlassung Arbeit im Erwerbsleben überhaupt noch nicht vergönnt war.

Wir sind uns bewußt, daß unter der Wucht der Wirtschaftskrise fast alle Schichten der Bevölkerung leiden. Wir kennen die Sorgen und Klagen aller Berufsstände und Wirtschaftszweige. Wir wissen besonders, daß infolge des Zusammenbruchs der Massenkaufkraft, der Verarmung großer Teile der industriellen Bevölkerung, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz gesunkener Preise keinen Absatz finden können.

Aber es muß doch mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß in der langandauernden Krise die Verelendung den schlimmsten Grad erreicht hat bei den großen Teilen der Arbeiterschaft, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten und zu langfristiger Erwerbslosigkeit verdammt sind. Während es sich bei der Notlage anderer Bevölkerungsschichten vielfach um die Gefährdung ihres Besitzes handelt, geht es bei den Erwerbslosen zum großen Teil um die Gefährdung des nackten Lebens.

Die Unmöglichkeit, den notwendigen Bedarf an Ernährung und Kleidung für sich und ihre Familienangehörigen zu decken und in menschenwürdigen Wohnungen zu wohnen, hat diese Menschen tief verbittert und in Verzweiflungsstimmung getrieben.

Zugleich ist für die noch Beschäftigten in erheblichem Umfang die Kurzarbeit weiter durchgeführt worden.

An der Jahreswende waren von je 100 Mitgliedern der dem ADGB angeschlossenen Verbände nur noch 32,2 voll beschäftigt, 22,2 waren Kurzarbeiter und 45,6 voll arbeitslos.

Die normale Beschäftigung hat sich also in eine Ausnahme verwandelt! Weniger als ein Drittel der Arbeiter bringt noch den vollen, aber durch den Lohnabbau um 25 bis 30 Prozent verringerten Wochenlohn nach Hause.

Neben den gewaltigen Opfern an Lohn hat der fortgesetzte Abbau aller sozialen Leistungen die Arbeiterschaft auf schwerste betroffen. Die Arbeitslosenversicherung kommt heute nur noch einem kleinen Bruchteil der Arbeitslosen und auch diesem nur während der Dauer von sechs Wochen zugute, obwohl durchschnittlich 8 Prozent des Lohnes für die Versorgung der Arbeitslosen in Anspruch genommen werden. Etwa 2½ Millionen Arbeitslose sind ihrem Schicksal bei den Wohlfahrtsämtern der finanziell ärmsten Gemeinden überlassen.

Ebenso sind die Rentempfänger durch die Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten der Verelendung anheimgefallen.

Der Zusammenbruch der Massenkaufkraft hat der deutschen Ausführungsindustrie keine neuen Märkte erobern können, er hat im Gegenteil noch den Binnenmarkt zerstört. Die Handelspolitik der Regierung ist von der Vorstellung beherrscht, der Landwirtschaft auch bei zusammengebrochener Massenkaufkraft helfen zu können. Diese Vorstellung ist irrig. Mengemäßig ist die landwirtschaftliche Produktion von der Krise unberührt geblieben. Da aber mangels genügender Kaufkraft

der städtischen Bevölkerung die Agrarerzeugnisse keinen ausreichenden Absatz finden können, sinken ihre Preise.

Hier helfen entscheidend weder Subventionen noch Zölle. Aus diesem Kreis gibt es solange keinen Ausweg, solange nicht die Kaufkraft der Verbrauchermassen der industriellen Bevölkerung gesteigert und unhaltbarer Großgrundbesitz in zweckmäßige Siedlungen umgewandelt wird.

Die Verarmung über die Agrarpolitik der Regierung ist besonders gerade in den Ländern stark, die einen großen Teil des deutschen Industrieexports aufnehmen. Je mehr diese Länder ihren Industriebedarf in anderen Ländern decken, je mehr erhöht sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diese einseitig auf Agrarschutz eingestellte Handelspolitik führt darüber hinaus zur Durchlöcherung des deutschen Handelsvertragssystems, das auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut war und das mit diesem Grundsatz der deutschen Exportindustrie gedient hat, ohne der Landwirtschaft wirklich zu schaden. Eine Handelspolitik, die auf Deutschlands Industrieexport nicht genügende Rücksicht nimmt, stiftet Unheil, indem sie neue Erwerbslosigkeit erzeugt und damit auch der Landwirtschaft neuen Schaden zufügt.

Zusammenfassend gestatten wir uns, zu sagen:

1. Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.

2. Der dadurch eingeleitete Besserungsprozeß ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeitenden. Demzufolge muß eine der Produktionstechnik angepaßte Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.

3. Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.

4. Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umsatzfähigen Binnenmarktes muß den Besserungsprozeß unterstützen.

Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, diese vordringlichen Aufgaben zur Linderung der erschütternden Not großer Teile der Arbeiterschaft mit Ihrem starken Einfluß unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.“

*

An sich ist gegen die Anmeldung gewerkschaftlicher Wünsche bei Hindenburg nichts einzuwenden. Solange die anderen Berufs- und Interessenvertretungen sich bei Hindenburg einer der anderen die Klinke in die Hand geben, so lange müssen auch die Gewerkschaften sich wenigstens bei ihm melden, um ihm die Not des Volkes auch von der Arbeiterseite aus zu zeigen; denn wir wagen, anzunehmen, daß die Ratgeber auch der näheren Umgebung Hindenburgs ihm von der Not der Arbeiterschaft schon deswegen nicht viel nahebringen können, weil sie davon gar nichts wissen.

Allerdings scheint uns die freundliche Form des Briefes nicht angebracht. Wenn man sieht, wie rücksichtslos die Herren von Kalkreuth und Co. ihre Wünsche anmelden, und wie ihnen daraufhin das Geld der Steuerzahler geradezu in den Hals gesteckt wird, dann muß man sich sagen, daß hier nur allerdingst formulierte Forderungen helfen können.

Schließlich aber: Neben solchen Besuchen und Briefen muß einhergehen, ja eigentlich vorangehen:

Der rücksichtsloseste Klassenkampf!

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 63, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug & Inserates 5% Rabatt!

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Röderwald
Engelsplatz 12.

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügel und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hintert der Dorf-Aue 14

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 95, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt Johannaberstr. 10, III.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 23. Januar;
Verlängerte Uraufführung des Eskimo-Films
IGLU
Wildwasserfahrt
Ein Kanusportfilm
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funkens“
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebermarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebermarken noch heute bei der **Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhansen, Herten-N.**

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland?

Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Schleicher und den hinter ihm stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.
„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 81842

POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog kostenlos schicken vom **FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W. 5**

Zur Frage

des Begnadigungsrechts.

Der Preußische Staatsrat hat die Ausführungsvorschriften zum Amnestiegesetz vom 20. Dezember durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Er hat weiter gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten einen Antrag der (rechts-bürgerlichen) Fraktion Arbeitsgemeinschaft angenommen, in dem

das Staatsministerium ersucht wird, in Zukunft Gnadengesuchen nicht mehr zuzustimmen.

Selbst in einem wirklichen Rechtsstaat, in dem es weder Klassenjustiz noch Klassen gibt, ist die Funktion der Begnadigung noch notwendig; denn die geschriebenen positiven Gesetze sind immer nur eine bloße Annäherung an die Anforderungen der Gerechtigkeit. Um so mehr muß in einer Klassengesellschaft das Begnadigungsrecht vom sozialistischen Standpunkt gefordert werden, ganz besonders in einer Klassengesellschaft, in der die Todesstrafe noch nicht abgeschafft ist.

Der rechtliche Sinn der Einrichtung der Begnadigung läßt sich an dem Urteil gegen den Erfurter Kraftfahrer Jäger erläutern, der wegen sogenannten Kriegsverrats zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Es könnte sein, daß dieses Urteil nach dem geltenden positiven Gesetz — in diesem Falle nach dem Militärstrafgesetz, das außer Kraft zu setzen, die Revolutionäre von 1918 versäumt haben — richtig gefällt worden ist. Wir sagen: es könnte so sein; ob es im Falle Jäger so liegt, läßt sich noch nicht sagen, da das schriftliche Urteil noch nicht vorliegt. Wenn aber das Urteil juristisch korrekt wäre, so würde dies zeigen, daß das positive Gesetz, das hier angewandt wurde, rechtlich unhaltbar ist, daß also dieses Gesetz abgeschafft bzw. geändert werden muß. Durch eine solche Aenderung würde aber das gefällte Urteil, das den Anforderungen der Gerechtigkeit nicht entspricht, nicht aufgehoben werden. Das Recht fordert aber die Möglichkeit, ein solches Urteil aufzuheben. Diese Möglichkeit zu schaffen, ist der Sinn der Einrichtung der Begnadigung.

Abel als Kain.

Deutsch-französische Verständigung beim Jungdo.

Abel, der „Pressewart“ des Jungdo, sprach in zwei Pariser Klubs über „deutsch-französische Verständigung“. Nachfolgend einige Blüten:

„Der polnische Chauvinismus hat es auf Danzig und Ostpreußen abgesehen; aber seien Sie dessen versichert: Der Weg dorthin führt über einen gewaltigen Brand im Osten Europas. Das deutsche Volk, jetzt zerrissen in viele sich heftig befehdende Parteien, wird wie ein Mann aufstehen, um sein nationales Leben zu verteidigen und zu behaupten! ... Ich glaube nicht, daß zwischen unseren beiden Völkern (Deutschland und Frankreich) jemals eine Art Liebesverhältnis eintreten wird. Dafür sind die Kämpfe der Vergangenheit zu blutig und zu zahlreich gewesen. Aber das ist nicht notwendig. Was Ihnen und uns frommt, ist die logische, kalte und klare Abwägung der beiderseitigen Interessen.“

Es könne auch kein einziger Deutscher 14 Jahre nach dem sogenannten Friedensschluß ertragen, daß in der Rüstungsfrage mit zweierlei Maß gemessen werde. Das deutsche Volk verlange gleiches Maß in der Abrüstung oder: wenn man dies, nicht will — gleiches Maß in der Rüstung.

Der Bericht der Telegraphen-Union schließt mit der Feststellung, daß die meisten Diskussionsredner mit der Ausführung Abels nicht einverstanden waren — was nicht verwunderlich ist. Die meisten Deutschen übrigens auch nicht, was sich Herr Abel, der sich wegen seiner kriegsfördernden Tätigkeit lieber Kain nennen sollte, merken sollte.

In dem Buttergeschäft von A. Chill, Grimmstr. 21 (Berlin) erbeuteten zehn junge Menschen für etwa 100 Mark Wurst- und Käsewaren aus den Schaufenstern.

Mit dem Fahrrad über die Alpen.

Von Otto Pfotenhauer.

Das Ziel des nächsten Tages ist Regensburg. Wir freuen uns mächtig, als wir auf der alten Römerbrücke über die Donau fahren, denn wir haben nun schon den größten Teil der Strecke durch Bayern zurückgelegt. Die Jugendherberge in Regensburg ist in einem Heim katholischer Stiftsschwestern untergebracht. In den Schlafzimmern hängen Kruzifixe und Heiligenbilder. 22 Uhr, als schon alles auf den Matratzen liegt, macht noch die Oberin in ihrer schaurigen Haubentracht die Runde, wobei die zünftigen Walzbrüder nicht versäumen, sie mit ehrfurchtigen Beteuerungen über „Ruhe und Ordnung“ zu überschütten. Natürlich hoffen diese „Kundigen“, ein gutes Frühstück durch ihre gesalbten und geheuchelten Reden zu bekommen.

Bayerische Landschaft.

Weiter geht die Fahrt über Straubing, wo wir die größte und modernste Strafanstalt Bayerns von außen sehen, nach Landau (Isar). Wir sind jetzt abseits der großen Heerstraße in einer Hügellandschaft, wo vorwiegend Mittel- und Kleinbauern wohnen. Dadurch bekommt das Land einen eigenen, schönen Charakter. Die übergroßen öden Rüben- oder Getreideflächen (wie man sie in Mittel- und Norddeutschland sieht) gibt es nicht. Mit kleinen Dörfern und Gehöften ist das Land wie übersät. Im duftenden Blütenschmuck stehen die zahlreichen Obstbäume. Viele Gehölze, Flüsse und Bäche beleben das Bild. Das graue Elend der Großstädte ist weit weg, man könnte es hier leicht vergessen. Doppelt auffällig wirkt hier die Aufdringlichkeit der katholischen Kirche. Sie steht hier im Mittelpunkt des gesamten öffentlichen und geistigen Lebens. Im kleinen Landstübchen werden wir auf unsere Frage nach der Jugendherberge zum Präses des katholischen Gesellenvereins geschickt, der uns trotz unserer Aufklärung, daß wir keine katholischen Gesellen seien, für 50 Pfennige eine Anweisung für den besten Gasthof gibt, wo wir Abendessen und ein Zimmer mit Betten bekommen. — In dieser Gegend gibt es noch keinen Fremdenverkehr. Für 60 Pfennige können wir z. B. in dem Städtchen Laufen übernachten, bekommen dafür saubere weiße Betten und drei Waschküchen zur Verfügung gestellt. Die letzten beiden

Arbeitet für die nicht-amnestierten Genossen!

Hk. Keine Amnestie befreite bisher den kommunistischen Arbeiter Heitbaum aus Dortmund, der jetzt neun Jahre bereits im Zuchthaus sitzt und noch sechs Jahre darin eingesperrt bleiben soll.

Eine Ausnahmebestimmung der Amnestie vom 20. Dezember, deren politische Bedeutung wenig beachtet worden ist, ist die Bestimmung, nach der „schwerer Raub“ nicht unter die Amnestie fällt. Der Fall Heitbaum zeigt deutlich die politische Bedeutung dieser Ausnahmebestimmung.

Die Straftaten Heitbaums fallen in den Dezember 1923, in die Zeit der Ruhrbesetzung, des passiven Widerstandes, der Lebensmittelnot; das KP-Verbot war eben erlassen worden. Heitbaum hatte mit Anderen zusammen zwei Raubüberfälle ausgeführt, auf die Kassen eines Lebensmittelgeschäfts und einer Konditorei — im ganzen immerhin auf weniger Kassen als der Staat selber, der gerade zu jener Zeit fast alle Taschen und Kassen plünderte. Wenigstens zur Vergleichung sollten diese Tatsachen beachtet werden, gerade von den landgerichtlichen Pharisäern. Als Heitbaum verhaftet werden sollte, setzte er sich mit einer Pistole zur Wehr. Schwer wurde nur der Spitzel Fiebelkorn verletzt; aber auch der war trotz Bauchschuß leider schon nach wenigen Monaten wieder geheilt. Gegen Heitbaum wurden von der II. Strafkammer des Landgerichts Dortmund zwei Urteile gefällt: eines wegen schweren Raubes in zwei Fällen; das andere wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, verurteilt Totschlags und verbotenen Waffenbesitzes.

Die Strafen wurden auf fünfzehn Jahre Zuchthaus

zusammengedogen. Heitbaums Taten wurden vom Gericht als gemeine Verbrechen gewertet. In Wahrheit lagen aber politische Motive vor,

die Heitbaum während des Prozesses nicht vorgebracht hat, um seine Partei und seine Genossen zu schonen. Vor

Der Terror blüht.

In Köln kam es bei kommunistischen Demonstrationsversuchen, vor allem in Ehrenfeld, zu Zusammenstößen mit der Polizei. Drei Kommunisten starben an ihren Verletzungen, der vierte liegt lebensgefährlich verletzt danieder.

In Berlin kamen am Wörther Platz Kommunisten und Nazis ins Handgemenge, bei der ein SA-Mann verletzt wurde.

In Breslau kam es zu schweren Schlägereien zwischen Nazis und Kommunisten, die Plakate mit der Aufschrift: „SA marschiert zur roten Front“ trugen. Sieben Personen wurden verletzt, einige durch Messerstiche schwer. Acht Verhaftungen erfolgten.

In Leipzig wurden bei einem Nazi-Umzug einige politisch linksstehende Personen mißhandelt. Einige Nazis wurden verhaftet.

In Offenburg kam es bei einer Versammlung der Nazis, in der ein ehemaliger Kommunist über „Das wahre Gesicht Sowjetlands“ sprach, zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nazis, bei der 31 Verletzte festgestellt wurden.

In Aue im Erzgebirge kam es ebenfalls zu einer Saalschlacht. Hier war es eine SP-Versammlung mit dem Thema: „Wer mordete den SA-Mann Hentsch?“ Zahlreiche Nazis und „Reichsbanner“-Leute wurden verletzt.

K.S. Im Arbeiterviertel Halles versuchte am Sonntag eine Demonstration von etwa 800 SS- und SA-Leuten die Arbeiter zu provozieren. Nur unter starkem Schutz der Polizei war das möglich; trotzdem brachten die Arbeiter Gegendemonstrationen zustande, die jedoch durch das starke Aufgebot der Polizei immer wieder zerschlagen wurden. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Handgemengen, bei denen die Nazis die Arbeiterhäute sehr zu spüren bekamen und teils leichte, teils schwere Kopfverletzungen davontrugen. Eine Reihe von Verhaftungen wurden vorgenommen, dabei wurde bei einem Nazi ein geladener Revolver gefunden.

Nachdem die Nazis die vorige IAH-Veranstaltung gestört haben, — sogar die Polizei stellte fest, daß die Schuld auf

zwei Jahren hat der Landtagsabgeordn. Alfred Schmidt (Erfurt), der jetzt der KPD-O angehört, dem preußischen Justizminister den Nachweis angeboten, daß Heitbaum die „Requirierungen“ von Lebensmitteln organisiert habe zu dem Zweck, Unterstützungsmittel für illegal lebende Genossen zu beschaffen; daß er weiter vor seinem Prozeß von Beauftragten der KPD angewiesen worden sei, über alle politischen Zusammenhänge zu schweigen. Der preußische Justizminister hat von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht.

Wie ist es möglich, Gefangene wie Heitbaum, die voraussichtlich keine Amnestie befreien wird, aus dem Zuchthaus zu bringen?

Die Antwort gibt das Beispiel von Max Hölz, den die Gerichte ähnlich behandelten. Hölz half keine Amnestie, sondern nur die zühe Trommel-Kampagne der Roten Hilfe, der Verteidiger Apfö und Rosenfeld, Felix Halle und von Schriftstellern, die ins bürgerliche Lager hinein bis zu Thomas Mann reichten. Diese Kampagne hat es zuwege gebracht, daß eines Tages das Reichsgericht an die Zuchthausdirektion telegraphierte, Hölz müsse binnen einer Stunde (!) das Zuchthaus verlassen haben.

Die Fälle Heitbaum und Hölz zeigen, was man mit den Strafgesetze-Paragrafen über Raub und Raubmord gegen politische Angeklagte ausrichten kann.

Sie zeigen auch, weshalb hier nicht amnestiert wird: es handelt sich wie bei den meisten übrigen Ausnahmen in der Dezember-Amnestie („Zersetzung“, Landesverrat, Sprengstoffvergehen) um besonders gefährliche kommunistische Klassenkampfaktionen. Es kommt hier nicht darauf an, wie man „Requirierungen“, wie die von Heitbaum durchgeführten, im Rahmen des gesamten politischen Kampfes beurteilt. Die Verpflichtung, für Klassenkampf-Opfer wie Heitbaum zu arbeiten, besteht für uns unabhängig von dieser Frage.

Seiten der Nazis lag — muß man hier in Halle, einer ausgesprochenen Arbeiterhochburg, feststellen, daß die Nazis von Tag zu Tag provozierender auftreten.

Ueber die politische Justiz

haben wir seit Weihnachten keine zusammenfassenden Zahlen mitgeteilt, weil dieser Zweig der Klassenherrschaft seitdem ziemlich geruht hat. Da er jetzt seine Tätigkeit wieder aufnimmt, beginnen wir unsere wöchentlichen Zusammenfassungen mit einer Mitteilung über die politische Justiz in Deutschland seit Weihnachten (27. Dezember bis 21. Januar). Während dieser Zeit sind uns folgende Verurteilungen wegen politischer Vergehen bekannt geworden:

Gegen Linksstehende:

insgesamt 49 Jahre Freiheitsstrafe, davon 44 Jahre Zuchthaus.

Gegen Nationalsozialisten:

nichts.

Bombenattentat auf das SP-Volkshaus in Sevilla.

In Sevilla wurden zwei zehn Kilogramm schwere Bomben gegen das sozialdemokratische Volkshaus geschleudert. Zwei Personen wurden schwer und zehn leicht verletzt.

Im Gelsenkirchener Stadtteil Horst-Süd überfielen zwei junge Männer den Kraftwagen einer Lebensmittelgroßhandlung, verletzten den Führer durch einen Bauchschuß lebensgefährlich und fuhren mit dem Auto davon. In Buer-Beckhausen ließen sie den inzwischen betriebsunfähig gewordenen Wagen stehen und flüchteten mit der darin liegenden Aktentasche, die 3000 Mark Bargeld enthielt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

auf staubigen Straßen haben unseren Wäschevorrat stark angegriffen. So gibt es nach dem Abendessen noch ein lustiges „Waschfest“. Diesen Tag werden wir so leicht nicht vergessen. Beim Waschen der Hemden und Strümpfe tauschen wir die Erlebnisse des Tages noch einmal aus: Bei Burghausen kamen wir an die wilde Salzach, ihr enges Flußbett mit Geröll angefüllt, verrät die Nähe des Gebirges. Die Straße schlängelte sich um einen kolossalen Burgbau herum, angeblich soll es die größte Burg Deutschlands sein. Gleich hinter Burghausen konnten wir am südlichen Horizont eine seltsam geformte Wolkenbank erkennen. Sie wurde zum „Silberstreifen“ am Horizonte unserer Fahrt. Bald wurden die Umrisse scharfer, und wir erkannten die schnee- und eisbedeckte Alpenkette, noch seltsam mit dem bläulich schimmernden Himmel verwoben. Je näher wir kamen, desto mehr erstrahlten die unzähligen, kühn geformten Bergspitzen im blendenden Weiß unter der starken Maisonette. Es war ein einzigartiges Gefühl, einem solchen Ziele entgegen zu fahren, und kräftiger als sonst traten wir in die Pedale. —

Nach Salzburg.

Bei Laufen gehen wir über die österreichische Grenze. Die Grenzkarten des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ sichern uns einen reibungslosen Grenzübergang. Daß wir keine 200 Mark bei uns haben, hat der Grenzer uns sicher angesehen, denn er verzichtet großmütig darauf, unser Geld nachzuzählen. — Im Salzburger Land wird links gefahren. Darf noch nicht einmal die Straßenordnung international sein? Wir müssen uns die ersten Stunden sehr in acht nehmen, damit wir nicht unter die Räder kommen. Schnell kommen wir der Salzach entlang nach Salzburg. Wichtig steht über der Stadt die Hohe Salzburg. Es ist wieder sehr heiß, 36° im Schatten. Die JH liegt hoch oben auf der Festung. Es nützt nichts, wir müssen mit den schweren Rucksäcken hinauf, die Romantik verlangt auch ihren Preis. — Die gemütliche Art der Bevölkerung macht uns Spaß, und wir geben uns Mühe, den gebräuchlichen Gruß, „Habe die Ehre“, gebührend zu erwidern.

Zufällig kommen wir zur Vorführung der großen Domorgel, die ein Meisterwerk der Orgelbaukunst genannt werden kann. Noch nie habe ich eine Bachsche Fuge so spielen gehört! Und dabei sitzen in dem riesigen Kuppelbau (der Dom ist eine Nachbildung der Peterskirche in Rom) höchstens zwölf Menschen verstreut.

Salzburg ist Fremdenstadt und Landesmetropole des Ka-

tholizismus. Es gibt Kirchen, Klöster, Fremdenführungen. — Wir betrachten uns die Wallfahrtskirche auf dem Kapuzinerberg. Der steile Weg hinauf ist mit vielen großen, kitschigen Darstellungen der Leidensgeschichte Christi „geschmückt“. Ein junges Mädchen, dem die Anstrengung wahr-scheinlich zu viel wird, fragt müde ihren älteren Begleiter: „Wo gehts denn hier noch hin?“, worauf sie prompt die Antwort erhält: „N' Berg naaf.“ — Oben in der Kirche liegen vor einer riesigen, zauberhaft angeleuchteten Mutter Gottes viele Frauen und junge Mönche regungslos in Zerknirschung — oder in Verückung auf den Knien.

Ein Kirchengegner.

Wir hören hier aber auch etwas von der anderen Seite. Als wir vor dem Schlafen noch etwas durch die Festung schlendern, dringt aus einer kleinen Kapelle Orgelton und Kerzenschein. Einen vorübergehenden Mann fragen wir, ob man jetzt die Kapelle betrachten könne. „Ach“, sagt er, „was wollen Sie bei diesen Priestern? Oesterreich ist ein sehr armes Land, aber Priester gibt's wie Sand am Meere. Das arme Volk hat nicht einmal trocken Brot zu essen, während die Priester dick und rund auf Kosten des Landes ein ruhiges angenehmes Leben führen.“ Leidenschaftlich erzählt er uns dann vom Elend des armen Volkes und findet kräftige, aber zutreffende Bezeichnungen für die Vertreter der heiligen Kirche. Er war 4 Jahre lang in russischer Kriegsgefangenschaft; die fürchterlichen Erlebnisse haben ihn zum unversöhnlichen Kirchengegner gemacht. Vorläufig ist uns die Lust vergangen, in die Kirchen zu gehen, und wenn wir auch die oft wertvollen Kunstschatze nicht sehen können. —

Der Königssee.

Von Salzburg aus machen wir einen Abstecher nach Berchtesgaden. Fein ist die Fahrt durch das Almtal. Den Nachmittag verschlafen wir bei Regenwetter in der Herberge, und erst gegen Abend fahren wir zum Königssee, nachdem der Regen die Ausflügler vertrieben hat. Oede und traurig stehen die großen Hotels da. Der Königssee machte in der Abendstille einen zauberhaften Eindruck auf uns. Einzelne zerrissene Wolkenschleier hat der Regen an den steilen Felswänden und am Haupte des Watzmann zurückgelassen, die sich phantastisch auf der glatten, dunklen Seefläche in zartem Weißbrosa spiegeln. Wir kommen an einigen Salzbergwerken vorüber, können aber, da es Sonntag ist, nicht hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahrheit über die Sowjet-Union?

Hermann Remmele: „Die Sowjetunion“, 2. Band, 316 Seiten, 2,85 Mark. Verlag Carl Hoyman Nachf., Hamburg-Berlin.

Bei der Besprechung des ersten Bandes von Remmeles „Sowjetunion“ fällt uns ein hartes Urteil (in Nr. 95). Nun liegt der zweite Band vor. Bücher über die Sowjetunion verpflichten Sozialisten zu besonders sorgfältig begründeter Kritik, und so bitten wir unsere Leser, mit uns eine Reihe von einzelnen Stellen des Buches zu prüfen. Wir wollen so gemeinsam mit denjenigen Lesern, die ausreichend Geduld zu dieser Arbeit aufbringen, unser Urteil unterbauen. Wir

hoffen, daß recht viele Leser diese Geduld aufbringen. Denn Geduld ist eine Tugend, die man aufbringen muß im Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterschaft; diesem Kampf dient auch unsere heutige Auseinandersetzung.

Freilich: Geduld allein tut es nicht. Wir geben Remmele völlig recht, wenn er schreibt: „Die Kühnheit und der Heroismus, mit dem das Proletariat der Sowjetunion den sozialistischen Aufbau vollbringt, sind ein Fanal für das revolutionäre Proletariat in den kapitalistischen Ländern, mit gleichem Opfermut und Begeisterung ihr Befreiungswerk zu vollbringen.“ (Seite 303.)

Wir bitten unsere Leser dieser ermüdenden Darstellung noch um etwas Geduld. Der, dem es ernst ist um Wahrheit und Einheitsfront, dem kommen übrigens wohl ganz andere als Ermüdungsgefühle!

Das nächste Kapitel heißt:

Der Platz der Sowjet-Union in der Weltwirtschaft.

Die Vergrößerung der Produktion von Produktionsgütern in der Sowjetunion ist eine Tatsache, die niemand bestreitet. Geradezu treibhausmäßig ist diese Produktion gesteigert worden. Die große Frage ist, ob diese Treibhauspflanzen leistungsfähig sind, das heißt, ob mit ihrer Hilfe nun entsprechend mehr Konsumgüter produziert werden. Darüber sagen alle jene Statistiken, die Remmele bringt, selbst wenn sie stimmen, nichts aus.

Interessanter ist, daß Remmele nach dem Abdruck einer großen Anzahl von Tabellen schreibt: „Die vorstehenden Aufstellungen haben wir lediglich aus Materialien des deutschen Instituts für Konjunkturforschung und aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931“, also aus halbamtlichen und amtlichen deutschen Quellen entnommen. Der Versuch, die Sowjetstatistik der tendenziösen Fälschung zu zeihen, . . . verfährt hier nicht.“ (Seite 197.)

Remmeles Versuch des Bauernfanges verfehlt bei einem nachdenkenden Leser nicht. Woher sollen denn jene deutschen Einrichtungen die Angaben über die Sowjet-Produktion von Eisen, Kohle, Schwefelsäure und Weizen haben, wenn nicht von den russischen Staatsbehörden? Wir wollen gern annehmen, daß sie weniger leichtfertig und tendenziös sind als Remmele. Dann bleibt doch seine Berufung auf jene deutschen Einrichtungen übelster Bauernfang.

Kulturbolschewismus.

Aus dem so überschriebenen Kapitel nur zwei Behauptungen:

„In der Sowjetunion herrscht vollkommene Pressefreiheit für alle Arbeiter und Bauern, denen Zeitungen und Druckereien unbeschränkt zur Verfügung stehen.“ (Seite 237.) — Und wie würde es dem Arbeiter und Bauern gehen, der die Probe macht und etwa auch nur ein Wort für Trotzki schreiben würde?

„Im Jahre 1931 wurde das Analphabetentum in der Stadt restlos liquidiert . . .“ (Seite 205.) — Restlos? Bisher hörte man es anders, und das war auch nicht verwunderlich und keineswegs beschämend. Bei Remmele hört man es nach drei Zeilen auch anders! Dort steht nämlich, bei der Registrierung des Analphabetentums werde nur die Bevölkerung vom 16. bis zum 40. Lebensjahre gezählt!

Dieses Buch mit seiner schludrigen, schiefen und wahrheitswidrigen Darstellung der Lage des Landes, das jedem Sozialisten besonders am Herzen liegt, ist ein Skandal innerhalb der sozialistischen Literatur.

Ein Skandal sind ebenfalls die drei Presseurteile, die der Verlag auf dem Umschlagtitel abdruckt, vorausgesetzt, daß sie dort richtig wiedergegeben sind. Wir drucken sie hier als Zeichen des Tiefstandes der deutschen Buchkritik ab.

„Mit Remmeles Werk haben wir ein umfassendes Werk erhalten, das uns mit den Grundlagen der sozialistischen Entwicklung und mit allen Problemen des Aufbaus bekannt macht; ein Werk, das auf jede Frage über die Sowjetunion Antwort gibt und als solches berufen ist, mit zum ideologischen Rüstzeug zum Kampfe gegen die Verleumdung der Sowjetunion zu werden.“

„Internationale Pressekorrespondenz.“

„Remmeles Werk über die Sowjetunion ist ein Standard-Werk. Es ist nicht nur bei weitem das beste Buch über die Sowjetunion. Es gehört überhaupt zu den hervorragendsten Darstellungen dieses Landes, einfach in der Darstellung, voller Schwung, der den Leser mitreißt, überreich an statistischem Material — eine bewundernswerte Leistung.“

„Finanzpolitische Korrespondenz.“

„Die Angaben sind zuverlässig . . .“

„Frankfurter Zeitung.“

Diese Urteile beziehen sich wohl sämtlich auf den ersten Band.

Wir stellen ihnen das Urteil gegenüber, das wir über den ersten Band fällten. Es gilt auch für den zweiten Band. Wir bitten unsere Leser, an Hand unserer heutigen ausführlichen Darlegungen zu prüfen, ob wir Recht haben, wenn wir — zu unserem lebhaften Bedauern — unsere Kritik über den zweiten Band mit denselben Worten schließen wie in Nr. 95 unsere Kritik über den ersten Band:

„Diese Phantasien über die Sowjetunion — die als Ersatz für ein Wirtschaftsprogramm dienen, das die KPD nicht besitzt — sind ein Propagandamittel der KPD, das jeder Sozialist, dem überhaupt an Ehrlichkeit unter Klassen-genossen liegt, aufs schärfste ablehnen muß.“

Das bedeutet, wie hier ausdrücklich betont sei, so wenig eine Ablehnung der Sowjetunion, wie eine Abwehr von Lügen über den ISK eine Ablehnung des ISK bedeutet.“

Hellmut Rauschenplat.

Das Flugzeug in der Landwirtschaft.

Die landwirtschaftliche Lenin-Akademie in Moskau hat Versuche unternommen zur Verwendung von Flugzeugen in der Landwirtschaft. Als besonderer Vorzug der Aussaat vom Flugzeug aus wird hervorgehoben, daß die Bestellung sehr frühzeitig, unabhängig vom Tauwetter, bei dem das Feld noch nicht mit Traktoren zu befahren sei, vorgenommen werden kann.

In Dagestan wurden vom Flugzeug aus rund 4000 Hektar Land mit Strandhafer besät. Dadurch sollte in Wüstengegenden durch Pflanzenwuchs der Sand befestigt und so eine Futterbasis geschaffen werden. Die Nachprüfung, die ungefähr ein Jahr nach der Aussaat erfolgte, fiel befriedigend aus.

Auch die Aussaat von Leinsamen hat man durch Flugzeuge vorgenommen und konnte dabei 10 Hektar Land in einer Stunde besäen.

Reis kann bei der Bestellung durch Flugzeuge unmittelbar ins Wasser gesät werden; dadurch wurde angeblich ein Mehrertrag von 3 bis 4 Doppelzentnern pro Hektar erzielt.

In Westsibirien wurden durch Ausstreitung von Schädlingsbekämpfungsmitteln durch Flugzeuge 85 bis 99 Prozent der Heuschrecken vertilgt unter wesentlicher Verbilligung gegenüber den bisherigen Methoden. Zur Bekämpfung der Zieselmäuse streute man vergifteten Weizen aus und vernichtete 80 bis 90 Prozent der Schädlinge.

Die Vergesellschaftung der Landwirtschaft.

Die ersten rund 100 Seiten widmet Remmele dem Kapitel: „Die Vergesellschaftung der Landwirtschaft.“ Das Problem ist für diese ausführliche Behandlung sicher wichtig genug! Für die Art der Behandlung des Problems durch Remmele zunächst zwei Beispiele:

1. „Die Selbstkosten stellen sich natürlich auf den Sowjetgütern gleichfalls bedeutend geringer als in jeder anderen Wirtschaft. . . . Auf dem Weltmarkt stellten sich die Getreidepreise bei ihrem größten Tiefstand auf 220—230 Mark pro Tonne. Alle Welt weiß aber, daß diese Preise weit unter den Selbstkosten in kapitalistischen Ländern liegen . . . Die Selbstkosten auf den Sowjetgütern aber betragen 1929 96 Mark, 1930 73,60 Mark, 1931 etwa 55—60 Mark und 1932 45—50 Mark pro Tonne Weizen und bleiben damit weit unter den Weltmarktpreisen. Der Weizen kostet in Deutschland 380—420 Mark pro Tonne. Regierung und Produzenten erklären, daß dieser Preis, der um das Siebenfache über dem Selbstkostenpreis des Weizens der Sowjetunion liegt, noch nicht einmal die Selbstkosten deckt. Danach liegt der Selbstkostenpreis für Weizen in der Sowjetunion um das Siebenfache niedriger als unter kapitalistischen Bedingungen. Auch hierin erweist sich die große Ueberlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische.“ (Seite 52/53.)

Leider erweist sich, wie wir gleich sehen werden, etwas ganz anderes: Nehmen wir die einzelnen Elemente der Rechnung nach einander vor! Eine Tonne Weizen kostete in Buenos Aires (Argentinien) im September 1931 nur 60,10 Mark, in Winnipeg (Kanada) im Dezember 1931 nur 77,40 Mark, in Rotterdam (Holland) im September 1931 nur 80,70 Mark. (Dies waren vor dem Erscheinen des Buches von Remmele die niedrigsten in „Statistischem Jahrbuch für das Deutsche Reich“, verzeichneten Preise während der gegenwärtigen Krise.) Gerade nach Angaben von marxistischen Verfechtern des landwirtschaftlichen Großbetriebes liegen die Selbstkosten kapitalistischer Großbetriebe unter diesen Preisen (vergleiche unsere Besprechung des Buches von Gumpertz in Nr. 295); im übrigen weiß alle Welt, daß ein Preis von 220 Mark pro Tonne Weizen über den Selbstkosten in kapitalistischen Ländern liegt. Die Selbstkosten auf den Sowjetgütern können wir nicht nachprüfen; woher Remmele aber am 1. Mai 1932 — von diesem Tag ist das Vorwort datiert — weiß, daß 1932 die Selbstkosten auf den Sowjetgütern 45 bis 50 Mark „betragen“ (Vergangenheit!), bleibe dahingestellt. — Zum nächsten Element seiner Rechnung: In Deutschland kostete im Jahresdurchschnitt 1931 der Weizen 248,80 Mark pro Tonne; der Höchstpreis war 314 Mark. Daß ein Preis von 380—420 Mark „noch nicht einmal die Selbstkosten deckt“, hat außer Remmele wohl noch kein Mensch in Deutschland behauptet. (Die Verhandlungen über ein Getreidemonopol scheiterten im

Sommer 1929 daran, daß die Agrarier einen Richtpreis für Weizen von 268 Mark verlangten; man darf wohl annehmen, daß sie damit mehr als ihre Selbstkosten verlangten!)

Von diesem „Beweis“ für die „große Ueberlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische“ bleibt auch nicht ein Stein stehen!

2. Remmele bringt eine Tabelle über den Rückgang der Viehbestände von 1928 bis 1930 und schreibt dazu: „Die Schweinebestände gingen durch die Machenschaften des Kulakentums um mehr als die Hälfte zurück, die Schafe um nahezu die Hälfte, das Großvieh um ein Drittel und weniger.“ (Seite 55.) Wessen Machenschaften zu diesem massenhaften Viehschlachten geführt haben, wollen wir hier nicht erörtern. Wenden wir uns lieber einer Behauptung zu, die jeder nachdenkende Leser leicht nachprüfen kann. Remmele schreibt gegen die „Flüsse von Tinte und Druckerschwärze“, die „Dummheiten, wie ‚Hungersnot in Rußland‘“ verkündeten: „Wie wenig man aber von einer Hungersnot oder auch nur von einem Rückgang des Fleischkonsums gerade in den genannten Jahren des Viehrückgangs sprechen kann, beweist die Tatsache des stets zunehmenden Fleisch- und Fettkonsums pro Kopf der Bevölkerung.“ (Seite 55.) Die bei Remmele nun folgende Tabelle bricht leider mit dem Jahr 1928/29 ab. Das Emporschnellen des Fleisch- und Fettkonsums in diesem Jahre (22,41 Kilogramm pro Kopf gegenüber 18,71 und 18,29 Kilogramm in den Jahren 1927/28 und 1926/27) läßt sich sehr simpel erklären und ist gerade in den genannten Jahren des Viehrückgangs gar nicht verwunderlich. Das geschlachtete Vieh wurde ja nicht vergraben oder verbrannt sondern — gegessen! Auch diese elementarste Tatsache des landwirtschaftlichen Lebens ist anscheinend unserem Führer durch die Probleme der Vergesellschaftung der Landwirtschaft unbekannt! — Wir würden gar nicht erstaunt sein, wenn auch die Konsumziffer für 1929/30 noch sehr hoch liegen würde. Interessant wären allerdings die Ziffern für die folgenden Jahre! Doch über sie schweigt „des Sängers Höflichkeit“.

Bei wem kann dieser Verfasser eigentlich mit Glauben rechnen bei Behauptungen wie dieser von Seite 23: . . . nur das, was der Bauer über seinen eigenen Bedarf hinaus produzierte, gab er nunmehr (nach der Oktober-Revolution) dem Markt und auch nur dann, wenn er hierfür entsprechende Industriewaren erhielt? Oder dieser von Seite 9: „Heute hat das Sowjetdorf diesen Weg (zur Vergesellschaftung) gefunden und geht ihn mit so großer Begeisterung, daß der staunende bürgerliche Beobachter gequält ausruft: Armes, altes Europa.“ — Die Aburteilung der rechten Abweichung Bucharins (auf den Seiten 45 und 68/69) sollte man in einigen Jahren von neuem lesen.

Doch wenden wir uns dem nächsten Kapitel zu; es behandelt:

Finanz- und Kreditwesen, Volkseinkommen.

Beginnen wir auch hier mit Behauptungen, die jeder Leser dieser Zeilen leicht nachprüfen kann, zum Teil unter Heranziehung anderer Behauptungen von Remmele selber.

1. Wir lesen bei Remmele nach den Worten „in Wirklichkeit war die Entwicklung aber folgende“: 1931 habe das Volkseinkommen 49 849 Millionen Rubel betragen, 38,9 Prozent mehr als im Vorjahr (Seite 160). — Es handelt sich offenbar um Planziffern. Ueber die hinter dem Plan zurückgebliebene „wirkliche Wirklichkeit“ machten hohe Sowjet-Funktionäre folgende Angaben: Das Volkseinkommen betrug 39 900 Millionen Rubel, die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 14 Prozent. Auch in Einzelheiten stimmen die Angaben Remmeles nicht; für 1931 gibt er die Schuhproduktion mit 84,6 Millionen Paar Lederstiefel an (Seite 167); das ist die Planziffer; in Wirklichkeit wurden 77 Millionen Paar produziert.

2. Gegen die Gerüchte über das Sinken der Kaufkraft des Rubels schreibt Remmele: „Die bürgerlichen Volkswirtschaftler und Zeitungsschreiber sind von ihrem kapitalistischen Standpunkt aus nicht in der Lage, das System der sozialistischen Planwirtschaft, die Rolle des Mechanismus der Planpreise . . . zu begreifen. Insbesondere sind sie nicht imstande zu begreifen, daß die Vermehrung der umlaufenden Zirkulationsmittel in der Sowjetunion durch die Steigerung des Warenverkehrs hervorgerufen wird und diesem entspricht. Dafür sei nur ein Beispiel angeführt. Der Geldumlauf betrug 1925 1,2 Milliarden Rubel, 1929 2,3 Milliarden, 1930 3,6 Milliarden, 1931 4,6 Milliarden und Anfang 1932 5,4 Milliarden Rubel.“ (Seite 157.) Es folgen dann Angaben über den mit diesen Geldmengen bewirkten Warenumsatz in Rubeln, die, eben weil sie in Rubeln gemacht sind, gar nichts für oder gegen eine Inflation besagen. In der deutschen Inflation ist natürlich auch nicht nur die Geldmenge, sondern auch der in Mark gerechnete Warenumsatz stark gestiegen! Entscheidend für die Beurteilung der Lage ist die Preisbewegung. Ueber sie behauptet Remmele: „Auch die Preisbewegung im vergesellschafteten Handel für die letzten drei Jahre bestätigt unsere Behauptung von der Stabilität der Kaufkraft des Rubels.“ (Seite 158.) Darauf gibt Remmele Indizes für die Jahre 1925 bis zum 1. Januar 1931 und fährt dann fort:

„Diese Ziffern zeigen die ganze Verlogenheit des Geschwätzes über eine ‚Inflation‘ in der Sowjetunion.“ — Und was zeigt das Abbrechen der Ziffernreihe?

Der ganze Beweis schließt folgendermaßen: „Daß in einer Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in Händen haben und in der eine besondere Ausbeuterklasse, die den erhöhten Reichtum sich aneignen kann, nicht mehr vorhanden ist, der Lebensstandard der Werktätigen sich unter solchen Bedingungen, bei der raschen Entfaltung von Industrie und Landwirtschaft, besonders rasch heben muß, ist selbstverständlich. All das widerlegt die Unsinnigkeit der Verleumdungen über Not und Elend, Mangel und Entbehrungen infolge des Fünfjahresplans.“ (Seite 162.)

Auch sonst wird an vielen Stellen die Sowjetwirtschaft über den grünen Klee gelobt. So ist zum Beispiel schon auf Seite 10 die Rede von der „ungeheuren Erhöhung der Produktivität der Arbeit, . . .

die allen ohne Ausnahme reichlich gibt“.

Wer das nicht glaubt, kann sich bei Remmele an einem anderen Satz halten, auf Seite 270: „In der Versorgung der

Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, mit ausreichenden Wohnräumen u. s. w.

herrscht oft und an vielen Stellen Mangel.“

Wenn Remmele diese von allen anständigen Kommunisten zugegebene Tatsache im übrigen durch Ignorieren zu vernichten sucht, so verkleinert er damit die gewaltigen Kraftanstrengungen für den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung in der Sowjet-Union.

So riesige Anstrengungen, so riesige Opfer wurden bisher wohl stets nur für Werke der Zerstörung und des Kriegs gebracht, hier für den Aufbau! Wirkt diese einfache Feststellung nicht verbender als brüchige Phantasien über reichliche Versorgung, die dann jeder Rußland-Reisende mit Leichtigkeit Lügen strafen kann?

3. „Es ist für den bürgerlichen ‚Fachmann‘, der sich im Kreise der ihm bekannten kapitalistischen Finanzkategorie bewegt, schwer zu begreifen, was der einheitlichen Staatshaushalt ist und in welchem Verhältnis er zum einheitlichen Finanzplan steht.“ (Seite 136.) Eine bescheidene Frage an den offenbar weniger bescheidenen Schreiber dieser Behauptung: Wie steht es eigentlich mit dem nicht-bürgerlichen Fachmann Remmele? Auf Seite 142 erscheint am Schluß einer Tabelle über „Einnahmen des Staatsbudgets der UdSSR 1931“ als Summe 32,5 Milliarden Rubel. Auf Seite 149 finden wir zwei Tabellen, eine über die „Entwicklung des Staatsbudgets für 1926/31“, in der für 1931 nur 21 361 Millionen Rubel angegeben sind, und eine Tabelle über die „Entwicklung des Finanzplans 1927/31“, in der wir für 1931 die Angabe 31,7 Milliarden Rubel finden, also eine ganz ähnliche Ziffer, wie einige Seiten vorher für das Staatsbudget. — Unser nicht-bürgerlicher Fachmann Remmele scheint schon bei der Auseinandersetzung der Uberschriften „Staatsbudget“ und „Finanzplan“ zu straucheln!

4. Noch ein Fall, den der Leser besonders leicht nachprüfen kann: Remmele behauptet auf Seite 111, auch die Angehörigen der „nationalen Opposition“ setzen den ausgeplünderten Volksmassen auseinander, „wie ‚wohltätig‘ und ‚segensreich‘ das Tributzahlen für die hungernden und obdachlosen Massen ist, während lediglich . . . die Führer der Sowjetmacht einen unerbittlichen und zähen Kampf gegen die Ausplünderung Deutschlands führen“. Wer von unseren Lesern hat je gehört, daß Deutschland nationale oder Nationalsozialisten das Tributzahlen als „wohltätig“ und „segensreich“ bezeichnet haben? Auch sie finden einen gewissen Anklang an ihre eigenen Erfahrungen bei Remmele, der auf Seite 118 schreibt: „Aber die ‚Nichterfüllungspolitik‘ der Bourgeoisie (die ‚nationale Opposition‘) sind ebenso hoffnungslose Schwadroniere.“ — Wer ist hier ein hoffnungsloser Schwadronier?

Wer glaubt ihm nach solchem Schwadronieren Sätze wie den folgenden: „In Wirklichkeit bestimmen alle Arbeiter und Bauern selber, ob und wieviel sie Staatsanleihe für den sozialistischen Aufbau zeichnen“ (Seite 133)? Wer sieht mit ihm „in der Sowjetunion einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung ohne eine einzige Kopeke Anleihe aus den Bankhäusern der Weltfinanz“ (Seite 134)? Diese Behauptung ist wörtlich genommen richtig; die Banken haben keine „Anleihen“ gegeben; wo sonst liegen aber eigentlich die „Russen-Wechsel“ als in den „Bankhäusern der Weltfinanz“?